

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 4 / DEZEMBER 2017
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch



Auf der Flucht
Flüchtlingscamps schützen und
bieten Perspektiven –
eine Reportage

Simbabwe
Einst blühender Agrarstaat,
heute zahlungsunfähige Staatsruine

Cash statt Reis
Barzahlungsprogramme – eine
Alternative zu Hilfsgüterlieferungen

Inhalt

DOSSIER



FLÜCHTLINGSLAGER

6 Warten auf das Leben

Mehr als 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht – eine Reportage aus dem Flüchtlingsalltag in Jordanien und dem Libanon

15 «Es wird zu wenig Hilfe vor Ort geleistet»

Interview mit Andrew Harper vom UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR

17 Facts & Figures

HORIZONTE



18 Alles anders als anderswo

Der südafrikanische Binnenstaat Simbabwe ist praktisch zahlungsunfähig, die Menschen leiden unter Korruption, Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit

21 Aus dem Alltag von ...

Juliane Ineichen, Leiterin Regionalprogramm Südliches Afrika in Harare, über ihre Arbeit und das Schweizer Engagement in Simbabwe

22 Wohin des Weges, mein Simbabwe?

Der Schriftsteller Beaven Tapureta über die entmutigenden Lebensumstände in seiner Heimat

DEZA



23 Schulbildung gegen Ausgrenzung

Ein DEZA-Projekt verhilft nomadisierenden Hirtenfamilien in Zentral- und Westafrika den Zugang zu Bildung

24 Wasser bringt Leben ins Dorf

Seit in der Ukraine die Dezentralisierung zu greifen beginnt, verändert sich auch das Leben in den Dörfern

FORUM



27 Chipkarten statt Reissäcke für Notleidende

Seit einigen Jahren lösen in Krisengebieten Barzahlungsprogramme die Hilfsgüterlieferungen ab

30 Endstation Marokko

Carte blanche: Driss Ksikes über gestrandete Migrantinnen und Migranten, und wie diese das soziale Gefüge seines Heimatlandes verändern

KULTUR



31 Filmland Afghanistan – sicher ist da gar nichts

Die afghanischen Filmschaffenden kämpfen bei Produktionen in ihrer Heimat vor allem mit Sicherheitsproblemen

3 Editorial

4 Periskop

26 Einblick DEZA

34 Service

35 Fernsucht mit Milo Rau

35 Impressum

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen. Deshalb geben nicht alle Beiträge notwendigerweise den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Editorial



Hoffnung in der erzwungenen Untätigkeit

Im Februar besuchte ich das Flüchtlingslager Kakuma im Nordwesten Kenias – mit 180 000 Flüchtlingen eines der grössten der Welt. Etwa die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner ist dem immer wieder neu aufflammenden Konflikt im Südsudan entflohen, die Übrigen haben dort Schutz vor Gewalt und Wirren in den umliegenden Ländern gefunden. Die DEZA betreibt in Kakuma ein Berufsbildungsprojekt, um jungen Flüchtlingen, zunächst im Lager selbst und hoffentlich in absehbarer Zukunft in ihrer Heimat, eine bessere Lebensperspektive zu bieten.

Ziel meines Besuches war, mir aus humanitärer Sicht ein Bild von den Zuständen im Lager zu machen und gleichzeitig auch ganz konkret zu erfahren, ob und wie wir durch unser Programm das Leben von Jugendlichen positiv verändern können. Dies nicht zuletzt als Antwort auf eine Frage, die mich zwei Jahre zuvor bei meinem Gespräch mit Jugendlichen in einem syrischen Flüchtlingslager in Jordanien ratlos gelassen hatte: Was können wir tun, um diesen Menschen zu helfen, mit einer der grössten Herausforderungen des Lagerlebens fertig zu werden, nämlich der erzwungenen Untätigkeit und dem Gefühl, dass das Leben an ihnen vorbeigeht?

Diese Frustration ist auch in Kakuma eine beklemmende Realität: Das Lager existiert seit den frühen 90er-Jahren, und unterdessen kam die Mehrheit der Flüchtlinge in jener Einöde von Sonne, Wind und Staub auf die Welt. Verstehen Sie mich nicht falsch. Es geht mir in keiner Weise darum, das Lager schlecht zu reden. Im Gegenteil. Die gute Nachricht ist, dass dort niemand verhungert oder verdurstet, und dass das Problem von Gewalt und Kriminalität nicht grösser ist, als in «gewöhnlichen» Städten vergleichbarer Umstände und Grösse. Aber es bleibt ein Leben in Abhängigkeit und beschränkten Freiheiten – beides Bedingungen, die jungen Menschen besonders zu schaffen machen.

Das DEZA-Projekt bietet Ausbildung u.a. in den Bereichen Automechanik, Haarschneiden, Nähen

sowie Computer-Reparatur und -Programmieren an. Während ich im Nähatelier vor allem Frauen antraf, wurde ich in der Freilicht-Autowerkstatt, im Coiffeur-salon und im Computer-Shop von Lehrlingen beiderlei Geschlechts begrüsst – oder ignoriert, weil sie richtigerweise zu beschäftigt waren mit ihren Kurbelwellen und Keyboards, um sich um den Besucher aus der Schweiz zu kümmern. Immerhin reichte die Aufmerksamkeit für ein Foto mit einer jungen Mechanikerin mit cooler Schweisserbrille.

Stolz erzählte man mir die Geschichte des sudanesischen Computerlehrlings, der nach Abschluss der Lehre nach Juba zurückkehrte und dort einen erfolgreichen Computerladen eröffnete. Die Geschichte ist anekdotisch, bestätigt aber entsprechende Studien: Je besser die Ausbildung, desto eher gehen die Flüchtlinge in ihre Heimat zurück, wenn es die Umstände erlauben.

Ziel des Projekts in dieser ersten Phase ist die Ausbildung von rund 500 Jugendlichen, je die Hälfte im Flüchtlingslager selbst sowie in der angrenzenden kenianischen Stadt Kakuma. Dass wir auch die lokale Bevölkerung unterstützen, dient einerseits dem Bestreben, die Akzeptanz des Lagers in der unmittelbaren Nachbarschaft zu erhöhen, und trägt andererseits der Tatsache Rechnung, dass es den Kenianerinnen und Kenianern in dieser Gegend nur unwesentlich besser geht, als den Menschen im Lager.

Es stimmt, der Bedarf ist riesig und die Zahl der Lehrlinge beschränkt. Aber für die 500 Lehrlinge macht das Projekt den Unterschied zwischen Bangen und Hoffen aus.

*Manuel Sager
Direktor der DEZA*

Periskop



Ashley Gilbertson/VIII/Reuduz/baf

Seife rettet Leben

(bf) Zwischen einer Seife im Haushalt und der Kindersterblichkeit besteht ein direkter Zusammenhang. Dies beweist ein Forscherteam von USAID und Unicef in einer gemeinsamen Studie der University at Buffalo. Diese wertete die Erhebungen über das Händewaschen aus, welche in mehr als 100 Ländern alle drei bis fünf Jahre durchgeführt werden: In Afrika reicht die Bandbreite von Haushalten, in denen Seife zur Verfügung steht, von 0,1 Prozent in Äthiopien bis 34,7 Prozent in Swasiland. Im Vergleich dazu liegt der Wert in Serbien bei 96,4 Prozent, in Afghanistan bei 42,6 Prozent und in Bangladesch bei 21,4 Prozent. Gemäss dem Team um Swapna Kumar und Pavani Ram kann das Händewaschen die Hauptursachen von sechs Millionen Todesfällen bei Kleinkindern verhindern, welche jährlich weltweit auftreten. Der Zugang zu Wasser und Seife, so die Folgerung der Studie, sei vor allem in armen ländlichen Gegenden zu schaffen, wo Kinder häufig an Lungenentzündung und Durchfall erkranken.

Schule übers Radio

(zs) Die Übergriffe von Boko Haram in der Region des Tschadsees haben über eine Million Kinder von ihren Eltern und ihrer Schule weggetrieben. Seit Anfang des Aufstands 2009 hat die dschihadistische Gruppe hunderte Schulen zerstört. Damit die Opfer dennoch lernen können, hat das UNO-Kinderhilfswerk Unicef mit der EU sowie den kamerunischen und nigrischen Behörden 144 Radiosendungen produziert. Darin geht es ums Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Sendungen richten sich an verschiedene

Altersstufen und werden von den öffentlichen Sendern auf Französisch, Kanuri, Ful und Hausa ausgestrahlt. Die Eltern werden ermuntert, ihre Kinder die angebotenen Aktivitäten regelmässig mitmachen zu lassen. Vom Projekt profitieren rund 200 000 vertriebene Kinder ganz im Norden von Kamerun und in der Region Diffa in Niger. «Wir hoffen, dass sie künftig einen Leistungsausweis dafür erhalten und damit einen Schuljahresabschluss», unterstreicht Marie-Pierre Poirier, Unicef-Regionalleiterin für West- und Zentralafrika.

Wasser lässt Birne leuchten

(zs) Dank der zündenden Idee einer jungen Ivorerin bekommen ihre Landsleute, von denen die Hälfte im Halbdunkel lebt, Licht. Die Sorbonne-Absolventin Delphine Oulaï hat eine LED-Birne entwickelt, die bei Kontakt mit Wasser zu leuchten beginnt. Die Vorrichtung enthält eine «hydroelektrische Batterie, deren Energievorrat für eine Woche reicht», erklärt die 20-Jährige aus der Region Tonkpi im Westen des Landes. Die Lampe besteht aus einem Kohlestab und Magnesiumpulver. Sobald Wasser den Kontakt herstellt, kommt es an den Elektroden zu einer elektrochemischen Reaktion, die elektrischen Strom freisetzt. Einmal wöchentlich muss die Birne aufgeladen werden und hält so bis zu sechs Jahre. Kein einfaches Unterfangen in abgelegenen Gebieten ohne Stromversorgung. Doch auch hierfür hat Delphine Oulaï eine Idee: ein von Dorf zu Dorf ziehender, mit Solarpanels bestückter Wagen.

Frühehen fördern Armut

(zs) Tagtäglich werden über 41 000 Mädchen unter 18 Jahren verheiratet. 15 Millionen pro Jahr teilen dieses Schicksal, noch bevor sie körperlich und seelisch bereit sind, Frauen und Mütter zu werden. Die frühe Heirat gefährdet nicht nur ihre Gesundheit, etwa durch Frühschwangerschaften und -geburten, sie bringt sie auch um Ausbildung und Einkommen. Zudem sind sie Armut und Gewalt seitens ihres Partners stärker ausgesetzt. Das Phänomen belastet nicht nur die jungen Frauen, sondern auch deren Kinder und die Gesellschaft. Bis 2030 wird es die Entwicklungsländer, laut einer Studie der Weltbank und des International Center for

Research on Women, Milliarden von Dollar kosten. Die Analyse legt die wirtschaftlichen Auswirkungen für 15 Staaten detailliert dar und extrapoliert sie auf hundert Länder. Dieser Praxis ein Ende zu setzen, vor allem indem die Mädchen länger zur Schule geschickt werden, würde das Wohlbefinden steigern. Eine Erhöhung der Ausbildungs- und Beschäftigungschancen reduziert den demografischen Druck sowie die Armut und kurbelt das Wachstum an: Frühehen sind ebenso ein gesellschaftliches wie wirtschaftliches Problem.

Mehr Bodenrechte für Frauen

(jlh) In der indischen Provinz Rayagada gehört der Boden nicht wie im restlichen Indien den Männern, sondern den Frauen, und die Töchter sind erbberechtigt. Dank dieser ausserordentlichen Stellung der Frauen werden nicht nur ungezogen viele wertvolle Pflanzen für Ernährung und Medizin angepflanzt, auch das Ernährungssystem scheint gegenüber dem Klimawandel besonders widerstandsfähig zu sein. Doch diese Sonderstellung der Frauen ist



Tim Graham/Coberharding/baf



die Ausnahme, wie ein Bericht der Initiative «Rights and Resources» von 2017 feststellt. Die meisten untersuchten Entwicklungsländer sehen zwar auf dem Papier gleiche Rechte für Frau und Mann vor, die Umsetzung bleibt jedoch lückenhaft. Zudem sind oft die Frauen für die Pflege des Bodens und des Waldes verantwortlich, von denen ihre Familien leben, daher tragen sie besonders Sorge dazu. Doch sie haben nicht das Recht, Boden zu besitzen, zu erben und in den Gemeinden politisch mitzureden. Gleiche Rechte für Frauen, so der Bericht, wären jedoch eines der besten Mittel, um den Boden im Besitz der Familien und Gemeinden zu behalten, die Ernährung sicherzustellen sowie die Folgen

des Klimawandels und die Ausdehnung der Wüsten einzudämmen.

Fischen im Reisfeld

(j/h) Eine spezielle, in einigen Ländern Asiens seit Jahrhunderten praktizierte Landwirtschaft, findet plötzlich vermehrt Beachtung: Bei der Flutung terrassierter Reisfelder lassen Bauern Fische ins Wasser, die später neben dem Reis auf den Teller kommen. Die gleichzeitige Produktion von Fisch und Reis scheint ökologisch nicht nur bedenkenlos, sondern sogar sinnvoll: Die Fische finden in den Reisfeldern Schutz und Nahrung, lockern den Boden und sorgen für Dünger. Die Methode besitzt gemäss der Welternährungsorganisation (FAO) grosses Potenzial im

Kampf gegen Armut und Hunger. Die FAO-Experten und ihre Kolleginnen und Kollegen aus sieben asiatischen Ländern unterstützen die Bauern mittlerweile vor Ort

und haben Programme lanciert, um die Methode weiterzuentwickeln und bekannter zu machen.



Christa Lachenmayer/faf

Warten auf das Leben

Weltweit sind mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Alleine Jordanien und der Libanon haben zusammen mehr als zwei Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen. Ein Besuch in den beiden Ländern zeigt, wie unterschiedlich die Menschen untergekommen sind, wie der Flüchtlingsalltag aussieht, und wie es um ihre Perspektiven steht. Eine Reportage von Christian Zeier.



Mehr als 150 000 Menschen lebten zeitweise im Flüchtlingslager Zaatari. Es galt damit inoffiziell als viergrößte Stadt Jordaniens.

Wazira sitzt in ihrem Zelt und weint. Adel blickt auf ein Meer voller Wohncontainer. Ahmed posiert in einem Zimmer aus Blech. Und Nizar zeigt stolz seine Wohnung: drei Räume, ein Bad, eine Küche – seit März gehört das alles ihm.

Wazira, Adel, Ahmed und Nizar. Vier Menschen, die sich nicht kennen, und die doch ein gemeinsames Schicksal eint. Sie alle leben als Flüchtlinge im Nahen Osten. Sie alle sind mit ihren Familien in Nachbarstaaten Syriens untergekommen – zwei im Libanon und zwei in Jordanien.

Während Europa über die Flüchtlingskrise klagt, haben die beiden Länder zusammen mehr als zwei Millionen Syrer aufgenommen. In Jordanien dürfte heute nach Angaben der UNO fast jeder zehnte Bewohner ein Flüchtling sein. Im Libanon sogar jeder vierte. Das sind mit Abstand die höchsten offiziell verfügbaren Werte weltweit. Die Schweiz, die im europäischen Vergleich relativ stark belastet ist, nimmt in Bezug auf ihre Gesamtbevölkerung bis zu zwanzig Mal weniger Menschen auf.

Wazira, 30, Bhannine

Cash statt Camps im Libanon

Es ist ein ungewohnt heisser Juli im Libanon. Die Sonne brennt, die Temperaturen kratzen an der 40-Grad-Grenze, und wer nicht dringend irgendwohin muss, bleibt im Schatten sitzen. Zumindest gilt das für die Erwachsenen. In einem Innenhof in der Ortschaft Bhannine, im Norden des Landes, rennen Kinder an grossen Zelten vorbei, an Wäscheleinen voller Kleider, die straff zwischen



Christian Zeier

dünnen Bäumen hängen. Vage erinnert die Szene an ein Campingplatz. Doch das hier ist Zuhause. Zumindest vorübergehend.

In den fünf Zelten im Innenhof sind dreissig Syrerinnen und Syrer untergekommen. Eine von ihnen: Wazira, 30-jährig, aus Homs. Als in der Heimat vor sechs Jahren der Krieg begann, floh sie mit ihrer Familie über die nahe Grenze in den Libanon und liess sich in Bhannine nieder. «Den Ort zu finden, war nicht schwer», sagt Wazira. «Daraus eine vernünftige Unterkunft zu machen aber sehr.»

Als die Syrer ankamen, mussten sie den Platz erst von Pflanzen und hohem Grass säubern. Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) stellte ihnen Material für die Unterkünfte zur Verfügung: Aus Plastikplanen, Holzelementen und Beton entstanden Zelte mit mehreren Räumen und einem festen Fundament.

Dass Wazira, ihr Mann und ihre fünf Kinder nicht in einem Flüchtlingslager leben, liegt daran, dass es keine Lager gibt im Libanon. Zumindest nicht für Syrer. Weil der Libanon schlechte Erfahrungen mit palästinensischen Lagern gemacht hat, verfolgt er eine strikte No-Camp-Politik.

«Wenn Flüchtlinge ausserhalb der Lager unterkommen, befürworten wir das», sagt Khaled

Kabbara, Vertreter des UNHCR in der libanesischen Hafenstadt Tripoli. So gestalte sich die Integration in die Gastgesellschaft einfacher, und die Unterstützungsleistungen an die Flüchtlinge kämen öfter auch der Gastgesellschaft zugute. 2014 hat das Flüchtlingshilfswerk der UNO in einem Leitfaden festgehalten, dass Lager stets die letzte Option sein sollten, denn sowohl für die Flüchtlinge als auch das Gastland könnten sie negative Konsequenzen haben.

Alternativen zu Flüchtlingslagern

Doch die reine Menge der Menschen, die aktuell auf der Flucht sind, stellt diese Politik auf eine harte Probe (siehe Interview Seite 15). «All die Flüchtlinge ausserhalb der Camps zu beobachten und zu betreuen, bedeutet für uns einen massiven Aufwand», sagt Khaled Kabbara. Schon nur die Registrierung ist eine Herausforderung: Um Unterstützung zu erhalten, müssen sich die geflohenen Menschen in einem von vier Zentren erfassen lassen. Eine Million waren das laut UNHCR bislang – die Regierung spricht von eineinhalb Millionen. Klar ist, dass die meisten von ihnen in Wohnungen untergekommen sind. Eine zweite grosse Gruppe lebt in unfertigen Gebäuden, in Garagen,





Dreissig Syrerinnen und Syrer sind in diesem Innenhof in Bhannine untergekommen. Ihre Häuser bestehen hauptsächlich aus Holz und Planen.

Läden oder Kellern. Und eine knappe Viertelmillion wohnt in den über 2000 informellen Siedlungen, die über das ganze Land verstreut sind. So wie Wazira.

Leben in der Zeltsiedlung

Fast sechs Jahre nach ihrer Ankunft haben sie und ihre Familie das Nötigste zum Leben. Zwei erhöhte Tanks versorgen die kleine Siedlung mit Wasser, Strom ist zu eingeschränkten Zeiten verfügbar, die Familie hat Zugang zum Gesundheitssystem, und obschon das libanesische Schulsystem überlastet ist, gehen alle fünf Kinder in lokale Schulen. Doch fragt man Wazira nach ihren Plänen, schweigt sie und blickt zu Boden. «Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt», sagt sie mit Tränen in den Augen. «Für unsere Kinder hoffen wir das Beste.»

Mehr als die Unterkunft oder die Infrastruktur dominiert in Bhannine die Perspektivlosigkeit das Leben. Waziras Mann arbeitet hin und wieder als Tagelöhner in der Landwirtschaft oder auf dem Bau. Zwischen 15 und 18 Dollar pro Tag kann er damit verdienen – schwarz, denn wie die meisten Syrer hat er weder Aufenthalts- noch Arbeitsbewilligung. Weil das Geld nicht reicht, wird die Familie vom UNO-Welternährungsprogramm WFP monatlich mit 135 Dollar unterstützt. Dass

ihre Situation in einem Flüchtlingslager besser wäre, bezweifelt Wazira trotz allem. Sie kenne eine Familie, die in einem Camp in Jordanien lebt, sagt sie. «Ich bevorzuge unsere Lage. Zumindest können wir uns hier frei bewegen.»

Adel, 31, Zaatari

Die Flüchtlingsstadt

In Zaatari endet die Bewegungsfreiheit am Stacheldraht. Nach einer Stunde Fahrt von der jordanischen Hauptstadt Amman in Richtung Nordosten erscheint in der Ferne ein Zaun, der ein Gelände umfasst, so gross wie siebenhundert Fussballfelder. Dahinter reiht sich Wohncontainer an Wohncontainer – von blossem Auge ist kein Ende erkennbar. Rund 8000 Syrerinnen und Syrer haben hier Unterschlupf gefunden. Wer hinaus will, braucht eine Bewilligung. 2012 eröffnet, ist Zaatari heute eines der grössten Flüchtlingslager der Welt.

Inmitten dieser Stadt aus Containern steht Adel, 31, auf einer Anhöhe und blickt auf ein Meer aus Blechdächern. «Wir führen ein hartes Leben hier», sagt er. Im Winter werde es sehr kalt, im Sommer sehr heiss, und wenn es stürmt, dann dringe Sand



in die Wohnung ein. Die Wohnung, das ist ein Container, drei auf fünf Meter, in dem Adel mit seiner Frau und vier Kindern untergekommen ist. Wie so viele in Zaatari, stammt die Familie aus dem Südwesten Syriens, wo die Proteste gegen Assad begonnen haben. Im April 2013 ist sie über die nahe Grenze geflohen, im Camp gab es ein Zelt, ein Kochset und Decken für alle. «Seit damals hat sich viel verbessert», sagt Adel. Erst hätten sie den Container erhalten, dann habe er mit Hilfe von Verwandten den Boden zementiert und eine kleine Küche sowie einen Eingangsbereich angebaut.

Die richtigen Zahlen

Bevor man den Menschen helfen kann, muss man erst wissen, wer und wo sie sind. Eine Million syrischer Flüchtlinge hat das UNHCR zu diesem Zweck im Libanon registriert. Um die Menschen zu erreichen, arbeitet das Hilfswerk mit Outreach Volunteers zusammen – Freiwilligen, die Daten aus ihrer Gemeinschaft sammeln und weiterleiten. Doch im Mai 2015 hat die libanesische Regierung das UNHCR angewiesen, mit der Registrierung der Flüchtlinge aufzuhören. Experten gehen davon aus, dass mittlerweile bis zu einer halben Million syrischer Flüchtlinge unerkannt im Land leben könnten. Ohne Registration haben sie kein Anrecht auf Unterstützung.



Die Hauptstrasse im Flüchtlingslager Zaatari wird von den Flüchtlingen liebevoll Champs-Élysées genannt. Vom Reisebüro bis zum Velomechaniker gibt es hier alles, was Nachfrage findet.

Wasser ist mittlerweile ebenso verfügbar wie Strom, die Kinder gehen zur Schule, und die medizinische Versorgung funktioniert.

Der Wunsch nach Leben

Trotzdem ist sich Adel sicher, dass das Leben ausserhalb des Camps besser wäre. Er habe Bekannte, die in Wohnungen mit einem oder zwei Schlafzimmern leben, sagt er. «Im Vergleich dazu ist unser Container eine Blechdose.» Hätte er einen Job, würde er das Lager sofort verlassen. Die Kinder könnten sich draussen besser integrieren und würden endlich am echten Leben teilnehmen, findet der Syrer. Zwei von ihnen sind so jung, dass sie nur Hitze, Sand und Container kennen, so Adel. «Als wir kürzlich mal draussen waren, haben sie zum ersten Mal einen Baum gesehen.»

Und doch scheint es, als würde die Familie das Lager so bald nicht verlassen. Draussen haben sie niemanden, der sie aufnehmen würde, und die

Ersparnisse sind vier Jahre nach der Flucht aufgebraucht. Ihre Situation zeigt beispielhaft, weshalb Flüchtlingslager Fluch und Segen gleichermaßen sind. Einerseits machen sie Bewohner abhängig von fremder Hilfe und verhindern, dass sie auf eigenen Beinen zu stehen kommen. Andererseits schützen sie die Ärmsten davor, sich selbst auszubeuten, um zu überleben.

Welche der Unterkünfte die Syrerinnen und Syrer bevorzugen, zeigt ein Blick auf die Statistik. Von den 200 000 Menschen, die im April 2013 offiziell in Zaatari lebten, ist nicht einmal mehr die Hälfte da. Obschon ursprünglich eine Mehrheit der Flüchtlinge in eines der jordanischen Lager eingetreten ist, leben momentan geschätzte 85 Prozent ausserhalb – vorwiegend in urbanen Räumen.

Champs-Élysées in Zaatari

Das soll nicht heissen, dass es kein Leben gäbe im Flüchtlingslager. Um die Mittagszeit herrscht auf

Obergrenze?

«Jordanien steht kurz vor dem Kollaps», sagte König Abdullah II. Anfang 2016 vor den Medien. Wenn sein Land nicht zusätzliche Hilfe erhalte, könne es bald keine syrischen Flüchtlinge mehr verkraften, so der Monarch. Als Reaktion auf den verzweifelten Appell sammelte eine internationale Geberkonferenz in London neun Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe in der Türkei, in Jordanien und im Libanon. Im Gegenzug versprochen die Länder Massnahmen zur Arbeitsintegration der geflohenen Menschen.

Zaataris Hauptstrasse, von den Einwohnern liebevoll Champs-Élysées genannt, Hochbetrieb. In den Restaurants wird gegessen, Fussgänger schlendern an Shops vorbei, und auf Velos werden Waren jeder Art transportiert. Von der Pizzeria über den Coiffeur bis hin zum Velomechaniker – fünf Jahre nach der Eröffnung gibt es hier für alles eine Dienstleistung, was Nachfrage findet.

Entstanden ist diese Dynamik durch eine mehr oder weniger chaotische Lage, die Zaatari in den ersten Jahren prägte. Da gab es eine mangelhafte Infrastruktur, Unruhen und Gruppierungen, die ganze Strassenzüge kontrollierten. Doch es gab

auch die Freiheit, aus dem Lager etwas zu machen, das einer Stadt ganz nahe kommt: Die Syrerinnen und Syrer verschoben ihre Wohncontainer, funktionierten sie zu informellen Shops um, stahlen Strom von der offiziellen Leitung und schmutzgelten Güter ins Lager. Sie gestalteten Zaatari soweit wie möglich nach den eigenen Bedürfnissen. Aus Sicht der Sicherheitskräfte war das ein Problem – aus Sicht der Menschen eine Chance.

«Ein Flüchtlingslager zu führen, ist immer eine Gratwanderung», sagt Juliette Stevenson, Öffentlichkeitsbeauftragte des UNHCR in Amman. «Einerseits braucht es Regulierungen, andererseits ist

Unterstützung inmitten der Gesellschaft

Die Schweiz leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen im Nahen Osten. Ihr Fokus liegt dabei ausserhalb der viel beachteten Flüchtlingslager.

Sichtbarer kann Hilfe kaum sein: Im Mai dieses Jahres besuchte Bundesrat Didier Burkhalter das Flüchtlingscamp Azraq in Jordanien, um eine neue Wasserversorgungsanlage einzuweihen. Mit der Anlage verbesserten sich auf einen Schlag die Lebensbedingungen tausender Syrerinnen und Syrer. Finanziert und umgesetzt wurde die Anlage von der Schweiz. Betrieben wird sie vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen Unicef.

«Dank dieser Anlage brauchen wir keine Wasserlieferungen mehr und sparen viel Geld», sagt Saleh Al-Sharabati, Unicef-Vertreter in Azraq. Das neue Bohrloch schaffe die nötige Kapazität, die neuen Leitungen würden die Bohrlöcher mit den Speicherstationen und den Wasserstellen im Camp verbinden. Die Qualität des Wassers sei gut, und das tägliche Wasserholen sei einfacher geworden, sagen mehrere Bewohnerinnen und Bewohner des Flüchtlingslagers. Die Anlage habe das Leben etwas erträglicher gemacht.

Unterstützung für Schulen

Sowohl im Libanon als auch in Jordanien gehen Schweizer Gelder an multilaterale Partnerorganisationen wie das UNHCR, das IKRK und die UNRWA. Zudem werden bilaterale Projekte lokaler und internationaler NGOs unterstützt und eigene Projekte in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regierung umgesetzt.

So setzt sich die DEZA im Libanon zusammen mit den lokalen Behörden für die Wasserversorgung

im landwirtschaftlich bedeutenden Bekaa-Tal ein. Zudem hat sie im Norden des Landes zur Sanierung von Schulen beigetragen: Neue Sanitäranlagen, Türen oder Fenster entlasten die durch den Zuwachs stark unter Druck geratenen Institutionen. Ein ähnliches Projekt hat die Schweiz 2012 in Jordanien lanciert. 58 Schulen, die syrische Flüchtlingskinder aufgenommen haben, konnten seither saniert werden – 30 zusätzliche Klassenzimmer wurden erstellt, rund 50 000 Kinder haben profitiert.

Hilfe ausserhalb der Camps

All diese Projekte kommen sowohl Syrerinnen und Syrern als auch der lokalen Bevölkerung zugute. So könne man gleichzeitig bedürftige Menschen unterstützen und die Einstellung gegenüber den Flüchtlingen verbessern, sagt Rahel Pema, stellvertretende Leiterin des Kooperationsbüros in Amman. «Wir zeigen den Gastländern, dass sie nicht alleine gelassen werden.»

Dass die libanesische Regierung keine syrischen Camps wolle, sei auch eine Chance, sagt Philipp Beutler, Leiter des Kooperationsbüros in Beirut. «So können wir nachhaltiger arbeiten und die Infrastruktur in den Gemeinden verbessern.» Inmitten der Gesellschaft, so ist man sich in den Schweizer Vertretungen einig, werde die Integration der Flüchtlinge besser gefördert. ■

Schweizer Strategie

Die Schweiz will im Nahen Osten zu friedlichen und sicheren Lebensbedingungen für konfliktbetroffene und vulnerable Menschen beitragen, Fragilität reduzieren sowie Konflikte verhindern und lösen. So lauten die übergeordneten Ziele der regionalen Kooperationsstrategie. Dabei verfolgt die Schweiz einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem die Humanitäre Hilfe der DEZA, die Abteilung Menschliche Sicherheit, das Staatssekretariat für Wirtschaft und das Staatssekretariat für Migration zusammenarbeiten. Fokussiert wird auf drei Themenbereiche: Schutz und Grundversorgung von Flüchtlingen und Bedürftigen sowie nachhaltiges Wassermanagement. In Jordanien werden die Ausgaben der Schweiz im laufenden Jahr voraussichtlich 26 Millionen Franken betragen. Im Libanon sind es 20 Millionen.

es gut, wenn Leben im Lager herrscht.» So mussten in Zaatari über die Jahre hinweg Kompromisse gefunden werden: Die Ladenbetreiber zum Beispiel zahlen jetzt für ihren Strom und profitieren dafür von einer stabileren Versorgung. Die Sicherheitskräfte im Lager sind präsenter und drücken bei den informellen Shops ein Auge zu. Nur Arbeit gibt es auch in Zaatari nicht genug. Zwar hat Jordanien eine Initiative gestartet, die mehr Syrern eine legale Arbeit ermöglichen soll. Zwar lassen sich seit Kurzem in einem internen Jobcenter Arbeitsbewilligungen beantragen. Doch noch immer sind die meisten Bewohnerinnen und Bewohner auf Hilfe angewiesen.

Ahmed, 35, Azraq

Das geplante Camp

Nach Zaatari kam Azraq, und damit sollte alles besser werden. Sobald klar wurde, dass mehr Syrer und Syrerinnen nach Jordanien kommen würden als in einem einzigen Lager Platz hatten, machten sich das UNHCR und die Regierung an die Planung eines zweiten grossen Camps. Als Azraq 2014 den Betrieb aufnahm, hiess es vonseiten des UNHCR, dass man von Zaatari und anderen Camps gelernt habe. Ist Azraq also das bessere Zaatari? Ein Modell für die Zukunft? Die Antwort lautet Ja und Nein – je nach Perspektive und Themenfeld.

Was als erstes auffällt: Azraq wurde viel dezentraler geplant als Zaatari. Das Camp besteht aus verschiedenen Teilen, intern Dörfer genannt, die fast eigenständig funktionieren. In jedem gibt es Gemeinschaftszentren, eine Klinik, Schulen, Spielplätze und weitere Anlagen. «Kleinere Einheiten lassen sich besser verwalten», sagt UNHCR-



Backen in der Wüste: Diese Pizzeria hat ein syrischer Flüchtling auf einem Marktplatz im Flüchtlingslager Azraq eröffnet.

Experte Alaa Amoush. Zudem ist das neuere Camp besser organisiert, strukturiert, und die Sicherheitskräfte waren von Beginn an besser vorbereitet.

Sicherheit statt Freiheit

Doch die grosse Stärke des Camps ist auch seine Schwäche. Während Zaatari für organisches Wachstum steht, ist Azraq die Planung am Reissbrett. Noch stärker als im Vorgängermodell wurden hier Freiheiten gegen Sicherheit getauscht: Wer das Flüchtlingslager betreten oder verlassen will, braucht ebenso eine Bewilligung wie jemand, der einen Laden eröffnet. Natürlich gibt es den-





Seit zwei Jahren verkauft und repariert Abu Ahmed in Azraq Fahrräder. Das Geschäft laufe gut, sagt der Syrer.

Christian Zeier

in Azraq lebt. «Vor allem hätte ich da bessere Chancen auf einen Job.» Der Syrer aus Homs sitzt zusammen mit seiner Frau und den vier Kindern im Wohncontainer der Familie. Den betonierten Boden bedeckt ein Teppich, an den Rändern liegen schmale Matratzen, auf denen die Familie nachts schläft und jetzt Besuch empfängt. Der einzige Raum der Unterkunft ist 24 Quadratmeter gross.

Abu Rim und seine Familie kamen im August 2014 nach Azraq. «Damals war der Boden aus Sand, wir hatten keine Küche, und die Wasserstelle war weit weg», erinnert sich der Syrer. «Mittlerweile hat sich das Camp stark verbessert.» Die Kinder gehen zur Schule, die Bildung sei akzeptabel, die Gesundheitsversorgung in Ordnung und die Infrastruktur sehr gut. Azraq ist das erste Flüchtlingslager, das seine Stromversorgung mittels Solaranlage selbst sicherstellt. Zudem wurde dieses Jahr die Wasserversorgung verbessert (siehe Text Seite 10). Grösstes Problem bleiben also fehlende Arbeit und Perspektiven. Sein Bruder lebe in Amman und habe einen Job, sagt Abu Rim. «Wenn ich draussen etwas fände, würde ich das Camp sofort verlassen.»

Doch längst nicht alle in Azraq denken so wie er. «Wir bevorzugen das Camp», sagt der 35-jährige Ahmed. «Auch wenn ich draussen einen Job hätte, würde mein ganzes Einkommen für Miete, Strom und Wasser draufgehen.» Mit 100 Dinar (140 Franken) pro Monat wird seine Familie unterstützt. Zusätzlich verdient er 180 Dinar als Lehrer bei einer NGO. «Draussen wäre es mehr, aber dort fände ich keine Arbeit», sagt er. Ohnehin würden alle nur darauf warten, dass das Leben wieder beginne. «Unsere Zukunft ist vorbei», sagt Ahmed. «Die Zukunft unserer Kinder ist jetzt auch unsere.»

Nizar, 45, Nahr el Bared

Aus Fehlern lernen

Welche Folgen die misslungene Integration von Flüchtlingen haben kann, zeigt sich im Norden des Libanons. Am Rande von Tripoli führt eine breite Strasse an einem Militär-Checkpoint vorbei, hinein in das Flüchtlingslager Nahr el Bared. Vor fast 70 Jahren haben sich hier die ersten Palästinenser niedergelassen. Nahr el Bared ist eines von zwölf offiziellen palästinensischen Flüchtlingscamps im Libanon, die das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen

noch illegale Shops, doch der Markt ist nie so dynamisch wie in Zaatari. Zudem liegt das Camp abgelegen in der Wüste – Meilen entfernt von Städten und Handelspartnern.

«Für uns ist das ein Vorteil», sagt Colonel Fakhri Al-Qatarneh, der den jordanischen Sicherheitskräften in Azraq vorsteht. Man wolle die Menschen nicht isolieren, aber wenn keine Stadt in der Nähe sei, gebe es weniger Unruhen. Dass die Campbewohner das anders sehen, zeigen die Zahlen: Rund 53 000 Menschen sind in Azraq registriert, doch nur 35 000 leben tatsächlich hier. Die Diskrepanz entsteht durch Flüchtlinge, die eine Bewilligung zum temporären Verlassen des Camps erhalten haben – und oft länger draussen bleiben als sie dürften.

Bleiben oder gehen?

«Die Lebensqualität draussen ist sicher besser», sagt Abu Rim, der mit seiner Familie seit drei Jahren

Arabische Gastfreundschaft

Dass Jordanien und der Libanon geflohene Menschen aufnehmen, hat Tradition. Im Libanon etwa kamen Ende 1940er-Jahre Hunderttausende Palästinenser an, die heute in meist extraterritorialen Flüchtlingslagern leben. Jordanien hat in den vergangenen Jahrzehnten unter anderem grosse Gruppen von Flüchtlingen aus Armenien, Palästina oder dem Iran aufgenommen. Viele von ihnen haben mittlerweile die Staatsbürgerschaft erhalten.

Christian Zeier



Christian Zuber

und seiner Familie. «Als wir in das Lager zurückkehren konnten, waren wir sehr glücklich», sagt er. «Doch mittlerweile fühlt es sich an wie ein Gefängnis.»

Vom Marktplatz zur Ruine

Die Sorgen des Palästinensers sind eng verknüpft mit der Geschichte des Camps. Schon Nizars Vater wurde in Nahr el Bared geboren, 1949, ein Jahr nach der Vertreibung aus dem heutigen Israel. Damals bestand das Lager vorwiegend aus Zelten und schäbigen Unterkünften – ganz ähnlich den heutigen Behausungen der Syrer. Über die Jahre hinweg entwickelte sich Nahr el Bared zu einer kleinen Stadt, Häuser entstanden, der Handel florierte. Doch spätestens mit dem libanesischen Bürgerkrieg verschlechterte sich die Lage der Palästinenser enorm. Noch heute werden sie für den Ausbruch des Konflikts verantwortlich gemacht – ihre Lager gelten als Sicherheitsrisiko für den Staat und als Rekrutierungsort für extremistische Bewegungen. Das ist einer der Hauptgründe dafür, dass der Libanon Camps für syrische Flüchtlinge verhindern will.

2007 dann wurde Nahr el Bared bei Kämpfen zwi-

Osten (UNRWA) führt.

«Wir sind dankbar für jede Unterstützung», sagt Nizar. «Aber unser Leben ist weit davon entfernt, gut zu sein.» Der 45-jährige Palästinenser bittet in seine Wohnung im zweiten Stock eines beigen Wohnblocks und zeigt stolz die drei Zimmer. Erst kürzlich wurde die Wohnung im Rahmen des Wiederaufbaus von Nahr el Bared durch die UNRWA fertiggestellt – seit März gehört sie Nizar



Die neuen Wohnblocks im palästinensischen Lager Nahr el Bared lassen sich sehen. Ein grosses Problem aber bleibt die eingeschränkte Bewegungsfreiheit.

Uganda als Vorbild

Eines der grössten Probleme von geflohenen Menschen ist das Fehlen von Jobs und Perspektiven. In vielen Ländern sind sie Restriktionen unterworfen – vor allem aus politischen Gründen verweigern Regierungen den Flüchtlingen grundlegende Rechte. Einen ganz anderen Weg geht Uganda. Das Land, das mit Hunderttausenden Flüchtlingen konfrontiert ist, garantiert ihnen das Recht auf Bewegungsfreiheit, Arbeit, Gesundheitsversorgung und Bildung. Sogar wählen und abstimmen können Flüchtlinge auf lokaler Ebene. Für diese Politik der Integration wird Uganda weltweit gelobt.



Christian Zeier

Drei Jugendliche posieren vor einer Schule in Nahr el Bared. Die Bildung im Camp ist ansprechend, doch die beruflichen Aussichten sind schlecht.

Kosten der Hilfe

«Flüchtlingslager sollten die Ausnahme sein», schreibt das UNHCR in einem 2014 publizierten Leitfaden zur Unterbringung von Flüchtlingen. Das Hilfswerk propagiert Alternativen zu Camps, da diese sowohl Flüchtlingen als auch Gastländern zugutekämen. Doch ein Problem dieser Politik sind die Kosten für die Unterstützung der geflohenen Menschen: Leben sie im Camp, kommt tendenziell die internationale Gemeinschaft für die Kosten auf – leben sie in urbanen Räumen, zahlt eher das Gastland. Um eine Politik der Alternativen konsequent umsetzen zu können, ist daher eine Unterstützung der Länder vonnöten. So werden Anreize reduziert, Camps zu errichten.

schen der libanesischen Armee und der radikal-islamischen Fatah al-Islam grösstenteils zerstört. Seit 2009 läuft der Wiederaufbau des Camps, doch die Siedlung gleicht bislang eher einem jordanischen Lager als einer florierenden Gemeinde. «Früher war das hier ein offenes Camp», sagt Bilal, der ein Lebensmittelgeschäft an der Hauptstrasse führt. Der Meereszugang und die tiefen Preise hätten Menschen von weither angezogen, erklärt der 31-Jährige. «Heute kommt kaum jemand von draussen zu uns.»

Mahnmal für die Zukunft

Obschon das Lager zu einem grossen Teil wiederaufgebaut wurde, ist die Wirtschaft am Boden. Anders als früher liegt das Lager nicht mehr an der Hauptstrasse nach Tripoli – Zugangskontrollen machen den Handel noch unattraktiver und isolieren das Camp. Erschwerend kommt hinzu, dass palästinensische Flüchtlinge im Libanon oft keine Staatsbürgerschaft besitzen und daher rechtlich benachteiligt sind.

So taugt Nahr el Bared auch als Mahnmal. Dafür, wie eine Gesellschaft von Flüchtlingen profitieren kann – und wie nicht. Dass die Grundbedürfnisse dabei im Zentrum stehen, ist unbestritten. Jede Familie braucht ein Dach über dem Kopf, regelmässiges Essen, Strom und Wasser. Doch damit ist es nicht getan: Nizar hat zwar eine Wohnung, aber keinen Job. Seine älteste Tochter studiert, doch eine Anstellung wird sie kaum finden.

Schon jetzt hat der Libanon mit Hunderttausenden von Palästinensern zu kämpfen, die auf dem Arbeitsmarkt fast chancenlos sind. Werden die Fehler der Vergangenheit wiederholt, und erhalten Jordanien und der Libanon nicht zusätzliche Unterstützung, ist der Nahe Osten bald um eine verlorene Generation reicher. Zu den Palästinensern gesellen sich dann Syrer, die weder nach Hause können, noch eine Zukunft haben. Nizar schliessen sich dann Wazira, Ahmed, Adel und all ihre Kinder an. ■

«Es wird zu wenig Hilfe vor Ort geleistet»

Andrew Harper war Leiter des UNHCR in Jordanien und gestaltet nun am Hauptsitz in Genf die Zukunft der Flüchtlingsunterbringung mit. Im Interview erklärt er, wie Flüchtlingslager entstehen und weshalb sie nur eine Notlösung sind.



Zusammen mit weiteren UNHCR-Vertretern begleitet Andrew Harper neuankommende syrische Flüchtlinge nahe der jordanischen Grenze.



Andrew Harper arbeitet seit 1990 für das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR. Nach Stationen in West Timor, Iran oder Sumatra war der Australier während sechs Jahren am Hauptsitz in Genf für den Irak zuständig. Von 2011 bis 2016 koordinierte Harper als UNHCR-Vertreter in Jordanien die internationale Hilfe in der Syrienkrise. In dieser Zeit entstanden mit Zaatari und Azraq zwei der grössten Flüchtlingslager der Welt. Seit September 2016 arbeitet Harper wieder in Genf – erst als Leiter des Innovationsbereichs und seit kurzem als Leiter des Bereichs Programmunterstützung und -management.

«Eine Welt»: Herr Harper, das UNHCR ist offiziell gegen Flüchtlingslager und leitet doch einige der grössten Camps weltweit. Wie erklären Sie diesen Widerspruch?

Andrew Harper: Es ist schön und gut, wenn humanitäre Organisationen die Vorteile alternativer Strategien preisen. Aber in der Praxis funktioniert das nur, wenn die Gastländer genügend Unterstützung erhalten. Sonst hören wir nach einer Weile: ‚Falls wir die Grenze weiter offen halten sollen, müsst Ihr euch um die Menschen kümmern.‘ In Jordanien ist genau das passiert.

Das Land wollte keine Camps?

Man war der Meinung, dass Flüchtlingslager der eigenen Kultur und der arabischen Gastfreundschaft widersprechen. Die Jordanierinnen und Jordanier teilten ihre Häuser, ihr Essen und ihre Kleider mit den Geflohenen. Doch weil sie selbst nur wenig hatten, waren die Gemeinden bald überfordert. Erst da bat die Regierung uns, ein Camp zu eröffnen.

Beim UNHCR heisst es, in Jordanien habe man in den letzten Jahren vieles über Flüchtlingslager gelernt. Wenn man sich aber Zaatari und Azraq anschaut, scheint es, als sei die Lebensqualität im neuen Lager tiefer als im alten.

Viele vorgesehene Verbesserungen konnten wir nicht durchführen. Zum Beispiel würden Bäume das Lager gastfreundlicher machen. Aber die Behörden waren aus Sicherheitsgründen dagegen. Man sollte nicht vergessen, dass es immer auch Leute gibt, die wollen, dass es nicht zu komfortabel wird für die Flüchtlinge.

Ein grosser Kritikpunkt an Azraq ist, dass es so abgelegen ist.

Erst einmal sind in einem Land wie Jordanien die klassischen Siedlungsräume bereits vergeben. Dann muss das Gelände der Regierung gehören, es sollte Zugang zu Wasser und Strom haben und eine Strasse, auf der es gut erreichbar ist. Zudem sollte das Camp nicht zu weit weg von der Grenze sein,



UNHCR/Bassam Dab

Auf der Flucht vor der heftig umkämpften IS-Hochburg Ar Raqqa im Nordosten Syriens fanden rund 8000 Menschen im Lager Ain Issa, welches vom UNHCR betrieben wird, Unterschlupf.

um eine Rückkehr in Sicherheit und Würde zu vereinfachen. Und: Die lokale Bevölkerung muss das Camp akzeptieren. Auch wenn es nicht optimal liegt, ist Azraq wohl die beste Lösung.

Gibt es Best Practices aus Jordanien, die sich weltweit anwenden lassen?

Wir haben das weltweit erste Bargeldprogramm lanciert, das Iris-Scanner zur Identifikation nutzt. Dank der biometrischen Daten können wir sicherstellen, dass jeder Cent zielgenau ankommt. Und das Verteilen von Bargeld führt dazu, dass die Mittel für diejenigen Zwecke eingesetzt werden, die den Flüchtlingen am meisten nützen.

Wieso werden Flüchtlingslager noch immer als Provisorien gebaut, obschon die Menschen oft jahrelang bleiben?

Wenn die Zahl der Flüchtlinge 100 000 übersteigt, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gross, dass sie längere Zeit bleiben. Trotzdem hören wir immer wieder: ‚Die werden nur sechs Monate hier sein, da müssen wir nicht investieren.‘ Als Azraq 2014 entstand, haben wir vorausgeschaut und von Beginn weg in eine nachhaltigere Infrastruktur investiert. Wir stellten zum Beispiel nie Zelte auf, sondern setzten gleich Container ein, die Familien mehr Privatsphäre bieten.

Gibt es einen Punkt, an dem man sagt: Jetzt haben wir ein gutes Level erreicht und hören auf, das Camp zu verbessern?

Wir sollten nie aufhören, das Leben der Menschen zu verbessern. Ich höre oft, dass es in Angola oder im Sudan nicht so gute Camps gibt wie in Jordanien. Das stimmt. Aber das heisst nicht, dass sie nicht überall so sein sollten. Es fehlen nur die Ressourcen.

Also liegt es am Geld, dass etwa Camps in Somalia viel schlechter sind als solche in Jordanien?

Zuerst einmal ist es die Regierung, die entschei-

det, ob und wo wir ein Camp errichten können. Dann stellt sich die Frage des Zugangs: Es ist viel schwerer, Hilfe nach Somalia zu bringen als nach Jordanien. Und letztlich geht es ums Geld: Als UNHCR sind wir von Geberländern und individuellen Spendern abhängig. In Jordanien waren wir in der glücklichen Lage, dass uns nicht nur westliche Länder, sondern auch viele Golfstaaten unterstützt haben.

Die Geberländer entscheiden selbst, wie ihre Gelder eingesetzt werden. Ist das ein Problem?

Ja. Weil die Länder zunehmend in humanitäre Projekte im eigenen Land investieren, bleibt für internationale Hilfseinsätze immer weniger. Und dann fragen sich die Leute, wieso sich Flüchtlinge auf den Weg nach Europa machen... Na, weil zu wenig Hilfe vor Ort geleistet wird!

Wie sehen Sie die Arbeit der DEZA?

Im Nahen Osten übertrifft sie alle Erwartungen. In Jordanien haben die Schweizer als erste an unser Bargeldsystem geglaubt und uns den Start ermöglicht. Und in technischen Bereichen profitieren wir weltweit vom Wissen der DEZA. Weil die Schweiz flexibel und neutral ist, kann sie im humanitären Bereich transparenter, unabhängiger und schneller agieren als andere Länder.

Im Libanon und in Jordanien engagiert sich die DEZA vorwiegend ausserhalb der Camps. Die Lager aber ziehen mehr Geld und mehr mediale Aufmerksamkeit an. Was ist der richtige Weg?

Ich müsste sagen, die Camps, weil dort laut Regierung die Flüchtlinge sein sollten. Aber 85 Prozent leben ausserhalb der Lager...

Ist das die Antwort?

Ja. Wer sich profilieren will und die Aufmerksamkeit der Medien sucht, investiert vor allem in Camps. ■

Facts & Figures

Anzahl Menschen in einigen der grössten Flüchtlingslagern der Welt

270 000

Bidi Bidi, Uganda

160 000

Kakuma, Kenia

250 000

Dadaab, Kenia

120 000

Imvepi, Uganda

170 000

Palorinya, Uganda

80 000

Zaatari, Jordanien

Mehr als je zuvor

Laut UNHCR waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Mehr als 65 Millionen waren es Ende 2016 – 22,5 Millionen davon Flüchtlinge in einem anderen Land. Die meisten der geflohenen Menschen sind in urbanen Gebieten untergekommen und leben in Wohnungen, Garagen, halbfertigen Häusern oder Zeltsiedlungen. Nur rund ein Drittel lebt in offiziellen Flüchtlingslagern.

- Der Libanon verfolgt eine strikte No-Camp-Politik. So leben die meisten Flüchtlinge in Zeltsiedlungen, Wohnungen oder halbfertigen Gebäuden. Das kommt der Integration in die Gesellschaft zugute, strapaziert aber die bestehenden Institutionen wie Schulen oder Spitäler.

Lagermodelle

- Palästinensische Camps bestehen seit fast 70 Jahren im Libanon, in Syrien, in Jordanien im Gazastreifen und im Westjordanland. Sie haben den Charakter von ausgebauten Siedlungen und werden vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) verwaltet.
- In den türkischen Flüchtlingslagern leben vor allem Flüchtlinge aus Syrien. Die Camps werden vom türkischen Staat geführt, verfügen meist über eine gute Infrastruktur, sind aber durch starke rechtliche Einschränkungen für die Bewohnerinnen und Bewohner geprägt.
- Die ugandischen Flüchtlingslager ähneln eher Siedlungen als echten Camps. Es gibt keine Zäune, welche die Bewegungsfreiheit einschränken. Viele Flüchtlinge erhalten Land, das sie nutzen können. Zudem dürfen sie offiziell arbeiten.

Länder, aus denen die meisten Flüchtlinge kommen

- Syrien: 5,5 Millionen
- Afghanistan: 2,5 Millionen
- Südsudan: 1,4 Millionen

Länder, in denen die meisten Flüchtlinge – d.h. vom UNHCR registriert – leben

- Türkei: 2,9 Millionen
- Pakistan: 1,4 Millionen
- Libanon: 1 Million
- Iran: 980 000
- Uganda: 940 000
- Äthiopien: 790 000

Quellen: UNHCR

Alles anders als anderswo

Vom einst blühenden Agrarstaat Simbabwe mit der bestausgebildeten Bevölkerung Afrikas ist nach 37 Jahren Unabhängigkeit nichts mehr übrig. Die Menschen des Binnenlandes im Süden Afrikas leiden unter Korruption, Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit. Von Johannes Dieterich, Harare.



Trotz enormem Bargeldmangel herrscht im Zentrum von Simbawwes Hauptstadt Harare geschäftiges Treiben.

Pete Muller/NY/Redux/laif

Ende der jahrzehntelangen Herrschaft?

Simbabwe wurde seit seiner Unabhängigkeit vor 37 Jahren ununterbrochen vom inzwischen 93-jährigen Robert Mugabe regiert. Trotz seiner Altersgebahren wurde der Greis von seiner Partei «Afrikanische Nationalunion von Simbabwe/Patriotische Front» (Zanu/PF) für die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr aufgestellt. Im Hintergrund spitzte sich indes der Machtkampf um die Nachfolge zu. In der Nacht auf den 15. November hat schliesslich das Militär Präsident Mugabe unter Hausarrest gestellt. Begründet wurde der Schritt mit dem Kampf gegen «Kriminelle» in Mugabes Umfeld. Beobachter vermuteten, dass das Militär ein Nachrücken von Mugabes Ehefrau Grace an die Spitze des Staates verhindern wollte. Es handle sich nicht um einen Putsch, versicherten Vertreter des Militärs, sondern nur um eine zeitweise Machtübernahme. International mehrten sich die Appelle, rasch und friedlich zur verfassungsmässigen Ordnung im Land zurückzukehren. Bei der Drucklegung der aktuellen Ausgabe von «Eine Welt» war die weitere Entwicklung in Simbabwe noch nicht absehbar.

«In Simbabwe», sagt Ntando Moyo, «kannst du dich auf nichts verlassen». Du fährst auf einer gut geteerten Strasse und plötzlich tut sich vor dir ein Schlagloch auf, so gross wie eine Badewanne. Du hältst an einer Raststätte und wirst von einem Tankwart bedient, der sich als Mathematikprofessor herausstellt. Oder du steuerst das Industriegebiet von Bulawayo, der zweitgrössten Stadt des Landes, an, um festzustellen, dass die einstigen Stahl- und Textilfabriken zu Kirchen geworden sind. «Hier ist nichts, wie man es von anderswo kennt», fährt Ntando fort, «weshalb man sich auch nicht wundern darf, wenn einem nachts in einer Bar ein elegant tanzender Polizist einen Joint anbietet.»

Ich lernte Ntando vor fünf Jahren in Johannesburg kennen, wo der Ingenieurstudent goldhaltige Gesteinsbrocken aus stillgelegten Minen stahl. Inzwischen betreut der 30-jährige Simbawwer in einem Krankenhaus von Bulawayo HIV-infizierte Jugendliche – eine Geschichte, kaum weniger verquer als die Geschicke seiner Heimat.

Zahlungsunfähige Staatsruine

Einst war Simbabwe, zumindest für seine weissen Grossgrundbesitzer, ein blühender Agrarstaat: Inzwischen ist das vor 37 Jahren unabhängig gewordene Land zu einer zahlungsunfähigen Staatsruine verkommen. Schon nachts um vier Uhr bilden sich vor den Banken in Bulawayo lange Schlangen, die auch den Tag über nicht kürzer werden: Der Versuch verzweifelter Kunden, wenigstens ein paar Dollar von ihrem Konto abzuheben. Simbabwe hat schon seit acht Jahren keine eigene Währung mehr: Nachdem für einen einzigen US-Dollar 35 Milliarden simbabwische Dollar hinzulegen waren, liess die Regierung ihre Währung vollends fallen. Seitdem kann man in dem südafrikanischen Staat mit britischen Pfund, Euros, dem Rand, Yuan oder mit US-Dollars bezahlen.

Trotz seiner 30 Jahre lebt Ntando mit seiner zehnjährigen Tochter noch im Haus seiner Eltern, bei einem Monatsgehalt von 200 US-Dollar bleibt ihm auch kaum etwas anderes übrig. Das Häus-

chen in Bulawayos Township «Pumula South» hat WiFi, TV, ein Bad und vier Räume, in denen gegenwärtig sechs Menschen leben – die drei Kinder schlafen auf dem Boden. Ntandos Eltern sind eine simbabwische Ausnahmeerscheinung: Sie leben noch immer zusammen und haben beide einen regelmässigen Monatsverdienst. Der Vater ist Dozent im Grundschullehrer-College von Bulawayo, die Mutter Krankenschwester im Mpilo-

zu entmachten. Daraufhin hetzte Mugabe seine «Kriegsveteranen» auf die Farmer – die meisten von ihnen wurden enteignet und aus dem Land geekelt. Simbabwes Wirtschaft stürzte ab: Das Inlandprodukt brach ein, zahllose Firmen machten dicht, die Inflation landete bei 80 Milliarden Prozent. Nach wie vor dürfen die Simbabwer zwar alle fünf Jahre zu den Wahlurnen gehen. Doch Mugabes Handlanger stellen sicher, dass die



Pete Muller/NYT/Redux/afif

Washtag in Epworth, einem Vorort von Harare: Die Armut ist allgegenwärtig.

Hospital. Derzeit leben alle Familienmitglieder – Eltern, zwei verheiratete Töchter sowie Ntando – in der Heimat: Auch das eine Seltenheit in dem zerfallenden Staat, aus dem sich in den vergangenen 15 Jahren fast ein Viertel der Bevölkerung verabschiedet hat.

Enteignet und vertrieben

Wie seine beiden Schwestern absolvierte Ntando das Gymnasium: In den ersten, erfolgreichen Jahren seiner Regierungszeit konnte sich Robert Mugabe noch damit brüsten, Präsident der bestausgebildeten Bevölkerung Afrikas zu sein. Ntando zählte zu den Smartesten seiner Klasse, das Abitur bestand er mit Bravour. Doch dann begann Simbabwes dramatischer Sinkflug.

Gegen die zunehmend korrupte Herrschaft der einstigen Befreiungsbewegung Zanu/PF hatte sich Ende der 1980er-Jahre die oppositionelle «Bewegung für demokratischen Wandel» (MDC) formiert: Die auch von weissen Farmern unterstützte Partei suchte den Präsidenten an der Wahlurne

Abstimmungen stets siegreich für den Autokraten auszugehen.

Lebensgefährliches Durchwursteln

Ntando hatte inzwischen ein Ingenieurstudium an Bulawayos Polytechnikum begonnen: Er wollte Spezialist für Computernetzwerke werden. In der Wirtschaftskrise ging seinen Eltern jedoch das Geld aus. Der Sohn musste die Hochschule verlassen und sich – wie mehr als zwei Millionen anderer Simbabwer – im Nachbarland Südafrika nach einer Beschäftigung umsehen. Dort gelang es ihm, einen Job als Installateur von Glasfasernetzen in Goldminen zu ergattern – bis die Firma Pleite ging. Da er trotz intensiver Suche keine Arbeit fand, schloss sich Ntando einer Gruppe ehemaliger Minenarbeiter an, die in den verlassenen Goldbergwerken um Johannesburg verbotenerweise nach den letzten Resten des Edelmetalls schürfen. Anfangs machten die Kumpels, die sich unter Lebensgefahr in die vom Einsturz bedrohten Stollen schlichen, noch ganz gut Kohle: Ntando konnte

Simbabwe in Kürze

Name
Republik von Simbabwe

Hauptstadt
Harare

Fläche
390 580 km²

Bevölkerung
15,6 Millionen

Ethnien
70% Shona
20% Ndebele
weitere afrikanische Volksgruppen, kleine europäischstämmige Minderheit

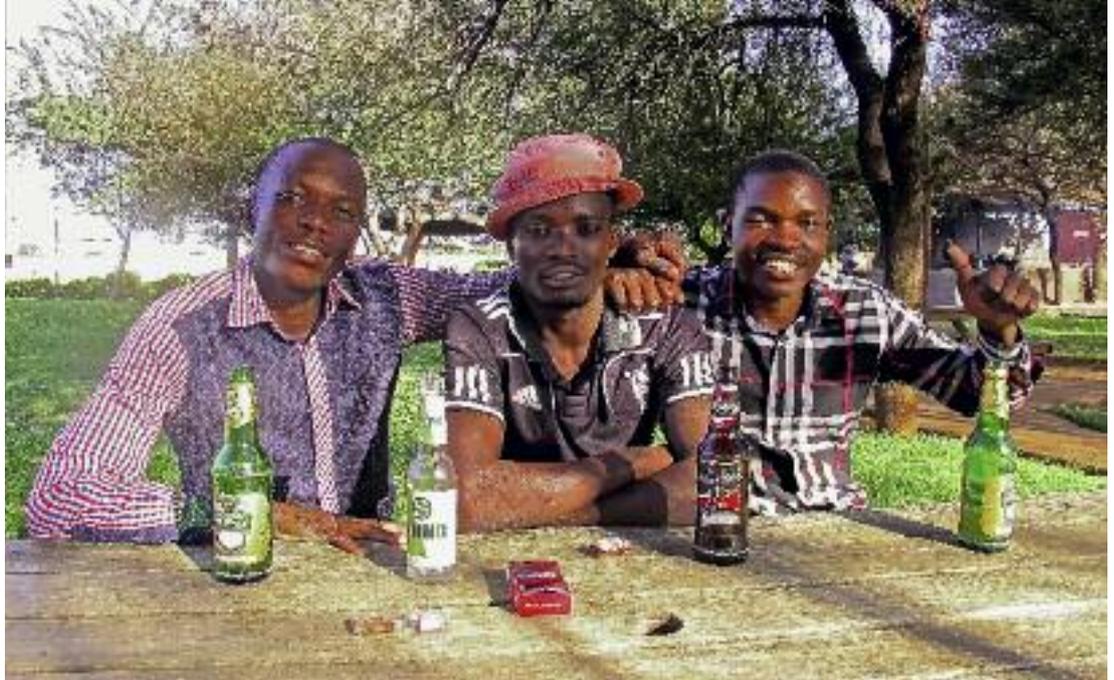
Landessprachen
Englisch, Shona, Ndebele; ferner 13 Sprachen ethnischer Minderheiten

Religionen
90-95% christlich; daneben traditionelle afrikanische Religionen sowie kleine muslimische Minderheit

Durchschnittsalter
20,6 Jahre

Lebenserwartung
59,2 Jahre





Johannes Dieterich

Ntando Moyo (Mitte) mit zwei seiner Kumpels: «Das hier kann man doch nur in betrunkenem Zustand ertragen.»

sogar regelmässig Geld nach Hause schicken. Wie er die Scheine erworben hatte, durfte er seiner Familie allerdings nicht verraten, denn alle wissen, wie gefährlich der Job der «Zama Zama» genannten Kumpels ist. Ntando kam zwar bei keinem der unzähligen Grubenunfälle zu Schaden, fiel aber schliesslich dem zweiten Fluch der Zama Zama zum Opfer: den Verbrechern. Sie riegelten eines Tages den Ausgang der Mine ab und rissen sich die Beute der aufsteigenden Bergleute unter den Nagel. Ntando wurde drei Tage lang im Stollen festgehalten: Der damals 25-Jährige musste mit ansehen, wie die Verbrecher einen aufmüpfigen Kollegen in einen Hunderte von Metern tiefen Schacht stiessen.

Nach dem traumatischen Vorfall kehrte Ntando nach Hause zurück, wo sein Leben erneut eine überraschende Wende nahm. Er konnte sich eine aus dem Ausland finanzierte Stelle als HIV-Berater sichern: Nun redet er jungen Infizierten ins Gewissen, die ihre lebensrettenden Aids-Cocktails aus welchen Gründen auch immer nicht nehmen, oder er tröstet junge, soeben «positiv» getestete Menschen. Anfangs kam ihm sein neuer Job fast unerträglich vor. Doch inzwischen träumt Ntando davon, Psychologie zu studieren.

Vorrevolutionärer Schwebezustand

Auf eine ähnlich konstruktive Wendung wartet seine Heimat indessen vergebens. Seit Jahren rennt die Opposition in immer neuen Versuchen gegen das von Mugabe befestigte Zanu/PF-Bollwerk an: Erst die Diadochenkämpfe um die Nachfolge des Greises bringt die Festung inzwischen ins Wanken. Derzeit befindet sich Simbabwe in einem vorrevolutionären Schwebezustand: Gebannt schaut die Bevölkerung auf die immer grösser werdenden Risse in der Mugabe-Burg, während zahllose Möchtegernprinzen sicherzustellen suchen, dass die Trümmer auf ihre Seite fallen.

Früher habe er mal mit dem Gedanken gespielt,

sich der MDC als politischer Aktivist anzuschliessen, berichtet Ntando. Doch dann stellte er fest, dass ihm auch die Oppositionspartei nicht weiterhelfen würde. «In unserer Lage kommt es nicht darauf an, welche Partei das bessere Programm hat», sagt er desillusioniert, «sondern wer dir einen Job, etwas zu essen oder ein paar Scheine verschafft.»

Folgerichtig hat Ntando sowohl ein T-Shirt der Zanu/PF wie der MDC im Schrank: Zum Einsatz kommt jenes Kleidungsstück, das zu einem aktuellen Anlass den besten Gewinn verspricht. Diesem aus der Not geborenen Konformismus verdankt wohl auch Mugabe sein politisches Überleben: Denn das Spiel mit kleinen Gefälligkeiten beherrscht die ressourcenreiche Regierungspartei am besten.

Ohne Alkohol kaum auszuhalten

Weil er mit 200 Dollar Monatsgehalt nicht wirklich überleben kann, verdingt sich Ntando am Wochenende als Minibus-Schaffner oder Auto-mechaniker – gelegentlich verdient er sich auch noch ein paar Dollar als Maurer hinzu. Wofür er aber wirklich lebt, sind die Abende, die er mit seinen Freunden in Bars, beim Billardspielen oder in Discos verbringt. Darunter studierte Wirtschaftsprüfer, die der Not folgend Polizisten wurden, oder Elektroingenieure, die sich als Hausmeister ihre Brötchen verdienen.

Dass Ntando dabei viel zu viel trinkt, fällt nicht nur seiner Mutter auf: «Neun von zehn Simbawern», rechtfertigt er sich, «haben ein Alkoholproblem.» Anders sei das Leben in der Staats-Schimäre auch gar nicht auszuhalten, fügt der Starkbierfreund hinzu: «Das hier kann man doch nur in betrunkenem Zustand ertragen.» ■

Johannes Dieterich ist Afrika-Korrespondent u.a. für Frankfurter Rundschau, Geo, Brand eins und Profil.

Land der Steinhäuser

Simbabwe ist das Shona-Wort für «Steinhäuser»: Bereits ab dem 11. Jahrhundert lebten Angehörige des damaligen Königreichs in gemauerten Gebäuden, die noch heute in «Great Zimbabwe» bei der Stadt Masvingo zu sehen sind. Seit der Unabhängigkeit am 18. April 1980 nennt sich das einstige Süd-Rhodesien «Republik von Simbabwe». Schon 15 Jahre zuvor hatte die weisse Minderheitsregierung unter Ian Smith die Unabhängigkeit der Kolonie von den Briten erklärt, der Schritt wurde von der UNO allerdings nicht anerkannt. Zwischen dem Mehrheitsvolk der Shona und den von den südafrikanischen Zulu abstammenden Ndebele kommt es immer wieder zu Spannungen.

Aus dem Alltag von ...

Juliane Ineichen, Leiterin Regionalprogramm Südliches Afrika in Harare

Harare ist eine grüne Stadt. Allein mit grossen Bäumen prägen das Bild, man spürt die Nähe der Natur. Auf meinem Weg zur Arbeit in die Botschaft sehe ich jeden Morgen und Abend Zebras in einem kleinen Park neben der Strasse. Wobei man sich besser auf die Strasse konzentriert – sie ist voller Schlaglöcher und Hindernisse, der Verkehr ist langsam, aber unberechenbar. Velos gibt es praktisch keine.

Simbabwe, einst mit einer blühenden Landwirtschaft und hohen Exporten, befindet sich seit Jahrzehnten im Niedergang. Die Menschen reden nicht gerne über das Regime von Präsident Robert Mugabe. Doch es existiert eine recht starke regierungskritische Presse, die offen Stellung bezieht. In Simbabwe scheint manchmal auch das Unmögliche möglich zu sein. 2008 wurde Simbabwe von einer Hyperinflation erfasst, täglich musste man bei den Preisen einige Nullen hinten dranhängen. Auf dem Höhepunkt im November 2008 lag die Inflationsrate bei 80 Milliarden Prozent pro Monat. Ab 2009 wechselte das Land deshalb zum

«Allein in unserer Zielgruppe stecken sich jährlich 270 000 Menschen neu mit dem HI-Virus an.»

US-Dollar als offizielle Währung. Doch es sind viel zu wenig Dollars im Umlauf. Das Gleiche gilt für die Schuldscheine, welche die Regierung 2016 als Ersatzwährung eingeführt hat. Es gibt also praktisch kein Bargeld mehr. Die Wirtschaft müsste längst zusammengebrochen sein, sagen die Ökonomen. Doch es funktioniert immer noch – nicht gut, aber irgendwie.

Von Harare aus leite ich das Regionalprogramm der DEZA für 15 Länder im südlichen Afrika. Ich bin regelmässig unterwegs, um unsere Partner der Regierung oder von NGOs zu treffen und die Umsetzung unserer lokalen Projekte zu begleiten. 40 Prozent der HIV-infizierten Personen weltweit leben im südlichen Afrika. Allein in unserer Zielgruppe stecken sich jährlich 270 000 Menschen neu mit dem HI-Virus an. Wir arbeiten deshalb mit der Staatengemeinschaft SADC darauf hin,



dass alle Schulen obligatorisch Aufklärung unterrichten, oder dass die Kinderheirat definitiv verboten wird.

Simbabwe importiert heute grosse Teile des Saatguts, vor allem für Mais. Diese Sorten erweisen sich angesichts der Folgen des Klimawandels jedoch als wenig geeignet. Deshalb fördern wir den Anbau alter, resistenterer Maissorten und anderer vergessener Getreidearten und Hülsenfrüchte. Dies schafft neue Einkommen für die Bauern und stellt die Ernährung des Landes auf eine verlässlichere Grundlage.

2016 löste das Regionalprogramm die seit 2009 präsente humanitäre Hilfe in Simbabwe ab. Längerfristige Entwicklungsperspektiven stehen nun im Vordergrund. Doch die Krise ist immer da oder steht zumindest vor der Tür. Ärzte und Lehrer werden nicht oder viel zu spät bezahlt, viele haben das Land verlassen. Deshalb unterstützen wir in Simbabwe auch die vom Schweizer Aids-Spezialisten Professor Ruedi Lüthy gegründete «Newlands Clinic». Sie wird durch Krankenschwestern geführt, die er ausgebildet hat. Die Ergebnisse sind herausragend.

Die Lage in Simbabwe ist ernst, aber noch ist nicht alles verloren. Im Gespräch mit jungen Leuten spüre ich ihre Offenheit für neue Ideen und unkonventionelle Modelle. Wohl etwa ein Viertel der Simbabwerinnen und Simbabwer lebt im Moment in der Diaspora. Sollten sich die politischen Verhältnisse dereinst ändern, so wird sich das Land auf ein grosses Potenzial und auf eine reiche Kreativität stützen können. ■

(Aufgezeichnet von Jens Lundsgaard-Hansen)

15 Länder, 1 Programm

Das Regionalprogramm der DEZA im südlichen Afrika umfasst die 15 Länder der Entwicklungsgemeinschaft südliches Afrika (SADC) mit einer Bevölkerung von rund 300 Millionen Menschen. Auf fünf Ländern liegt ein besonderer Fokus: Lesotho, Malawi, Sambia, Simbabwe und Swasiland. HIV-Prävention, Ernährungssicherheit und die Stärkung der Gouvernanz bilden die Schwergewichte des Programms. Lokal erfolgreiche Projekte finden auf nationaler und regionaler Ebene den Durchbruch. Eine wichtige Rolle dabei spielt der Austausch zwischen den SADC-Mitgliedstaaten.

Wohin des Weges, mein Simbabwe?

Ich sitze in meinem «Haus des Hungers» in Epworth, einem dicht besiedelten Vorort der Hauptstadt Harare. Eine innere Stimme macht sich deutlich bemerkbar, einer anhaltenden Mahnung gleich: *In der Alliance Française findet heute Abend eine Buchpremiere statt. Die darfst du nicht vergessen, nicht so wie letztes Mal, Mister Bücherregal.*

Ich blicke auf die Wanduhr – ein paar Stunden noch bis zur Buchpremiere. Ich werfe einen Blick auf meine verschlissenen Kleider und Schuhe – die linke Sohle ist gebrochen, die Folge unzähliger Tage voller ergebnisloser Suche. Wie jemand, der ein Wunder erwartet, durchforste ich meine Taschen, aber nicht ein Cent ist zu finden. Während die Söhne und Töchter bestechlicher Machthaber den mobilen Wahnsinn nutzen und ihren Liebsten Dollar zuschieben, herrscht in meiner Briefftasche gähnende Leere. Mobile Geldüberweisungssysteme und Plastikkarten haben die bargeldlosen Banken überholt. Nie mehr werde ich Geld ausleihen können! Und werde dadurch zu einem Ausgestossenen.

Wer bin ich? Ich bin das Land. Ich diene meinem Volk mit dem, was ich liebe und kenne: Literatur. Schriftsteller müssen in ihrer eigenen Welt schreiben, ohne Einschränkungen, und doch hat das Land einen Narren aus mir gemacht. Ein Land, welches zu viel Kredit aufnimmt, begräbt seine eigene Würde.

Neulich ging ich durchs Stadtzentrum, vorbei an den verschiedenen, von Händlern auf dem Trottoir ausgelegten Waren. Die Industrie, die lange Zeit für Arbeitsplätze gesorgt hat, existiert nicht mehr; viele Menschen sind zu «illegalen» Verkäufern geworden. Mütter mit Babys und Jugendliche werben um Kunden. Auch diesmal gehe ich weiter wie jemand, der gelangweilt

immer das gleiche Lied hört, und frage mich, wie ein vernünftiges Wesen darauf kommen kann, die Träume eines Volkes auf so brutale Weise zunichte zu machen. Diese Menschen sind die Baumeister der Wirtschaft, und doch schmeisst man sie in einen öffentlichen Müllwagen wie vergiftete Ratten zum Entsorgen!

Auf der anderen Strassenseite stehen erschöpfte Frauen und Männer Schlange vor einer Bank und warten auf Bargeld. Der Bargeldmangel hat uns schwer getroffen. Alle Blicke richten sich auf dieses inzwischen alltägliche Drama. Doch dieses Mal gehe ich weiter und tue so, als würde ich nichts sehen.



Beaven Tapureta aus Simbabwe ist Dichter, Schriftsteller und Journalist. Er schreibt wöchentlich die literarische Kolumne «Bookshelf» (dt. Bücherregal) für die simbabwische Tageszeitung «The Herald». Beaven Tapureta ist Gründer und Leiter des Writers International Network Zimbabwe, ein eingetragener Schriftstellerverband, der angehende Autorinnen und Autoren unterstützt.

Ich denke darüber nach, das Buch fertig zu lesen, über welches ich nächste Woche eine Rezension schreiben soll, spaziere weiter und sehne mich nach meinem Kokon aus Büchern in meinem «Haus des Hungers», welches mich mit offenen Armen erwartet. Ich bin der Patriot, dessen Liebe für dieses Land nicht mehr zählt, weil die Liebe nach dem Inhalt der Taschen und nicht des Herzens bemessen wird. Ich bin zu einem Miniaturwesen geworden, dem niemand hinterherweinen würde, selbst wenn ich sterben sollte. Die Stadtväter, glattrasiert, mit ihren schwarz gefärbten Haaren, glänzenden Anzügen, wenden sich an die Jugendlichen, deren Haare die Armut grau gefärbt hat, und versprechen ihnen Jobs, die es nicht gibt. Die Stadtväter sind zu Jugendlichen geworden, während wir alte Männer und

Frauen sind, denen man Theorien predigt, um die Lügen zu vertuschen, die mein Land kaputt gemacht haben.

Das Sammeltaxi ist überfüllt. Am Heck klammern sich ein paar vollgedröhnte Jugendliche fest. Um die zahlreichen Polizeikontrollen auf der Hauptstrasse zu vermeiden, nimmt der Fahrer den Weg durch die Vororte. Fast täglich besticht er die Polizei, damit sein Taxi nicht beschlagnahmt wird. Im Kombi ist es totenstill. Keine Musik, keine Melodie!

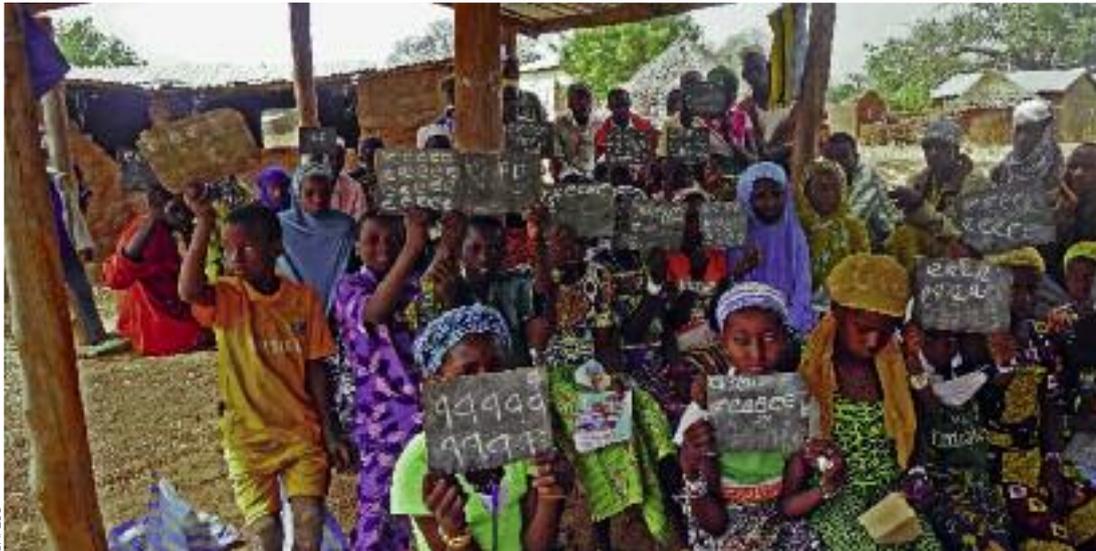
Zurück in Epworth. Nichts in meinem Haus spendet Trost, ausser dem Bücherregal. In meinem Kopf hallt die stumme Frage: Wohin des Weges, Simbabwe? ■

(Aus dem Englischen)



Schulbildung gegen Ausgrenzung

Die nomadisierenden Hirtenfamilien Zentral- und Westafrikas wurden lange Zeit ausgegrenzt und von der Bildung ausgeschlossen. Nun lernen viele von ihnen dank einem grenzüberschreitenden Programm lesen und schreiben, bilden sich beruflich weiter und fördern damit auch ihre soziale, politische und wirtschaftliche Integration.



Alphabetisierungskurse tragen zur gesellschaftlichen Integration der Nomadenfamilien bei.

(lb) Im Berufsbildungszentrum Sagbiègou in Togo schreiben Hassane und Pétél konzentriert einen Buchstaben Q nach dem anderen auf eine abgewetzte Schiefertafel. «Seit ich lesen kann, achte ich vielmehr auf das Verfallsdatum der Medikamente, die ich für meine Tiere auf dem Markt kaufe», sagt der 23-jährige Hassane. «Und ich», erzählt die junge Viehzüchterin Pétél, «habe kürzlich ganz alleine unter 1000 Dokumenten die Geburtsurkunde meines Sohnes gefunden.» Die beiden Nomaden absolvieren einen Alphabetisierungskurs im Rahmen des «Regionalprogramms für Grund- und Berufsbildung der Hirten in Grenzregionen», welches von der DEZA unterstützt wird.

Zwischen 2014 und 2016 haben hier rund 8200 Hirtennomaden – davon 40 Prozent Frauen – lesen und rechnen gelernt. Gleichzeitig besuchten in den 125 Zentren, die sich in fünf Grenzregionen der Länder Benin, Burkina Faso, Togo, Mali, Niger, Mauretanien und Tschad befinden, rund 1700 Viehzüchterinnen und Viehzüchter Berufsbildungskurse, um ihre Kenntnisse in der Tierzucht oder den gesetzlichen Regeln des Viehtriebs zu verbessern.

Bisher hatten die nomadisch lebenden Hirtengemeinschaften in Zentral- und Westafrika wegen ihrer Mobilität und den ihren Bedürfnissen

schlecht angepassten Lehrplänen praktisch keinen Zugang zu einer Grundbildung: Ihr Alphabetisierungsgrad liegt zwischen fünf und zehn Prozent.

Kampf gegen Marginalisierung

«Die Schweiz unterstützt alternative Bildungsformen für die Hirtengemeinschaften, die dazu beitragen, ihre soziale, politische und wirtschaftliche Marginalisierung zu reduzieren», erklärt Mary-Luce Fiaux, Regionalrätin für Schul- und Berufsbildung in Benins Wirtschaftsmetropole Cotonou. Die Nomadenfamilien erbringen 20 Prozent des Bruttosozialprodukts – doch kämpfen sie mit grossen Schwierigkeiten: Klimawandel, Terrorismus und Kriminalität ebenso wie die Reduktion der Weideflächen und der Treibwege für die Tiere.

«Dank grenzüberschreitender Zusammenarbeit gelang es nun, den sozialen Zusammenhalt zwischen den Viehzüchtern zu stärken und das Zusammenleben mit den Behörden und der Bevölkerung zu verbessern», sagt der DEZA-Programmbeauftragte Jean-Mathieu Bloch. So verwandelten sich die Bildungszentren nach und nach in wichtige Begegnungszentren, wo sich Nomaden und Lokalbevölkerung treffen, was in vielen Fällen Konflikte bereits im Keim erstickt. ■

(Aus dem Italienischen)

Durch Trockenheit in die Knie gezwungen

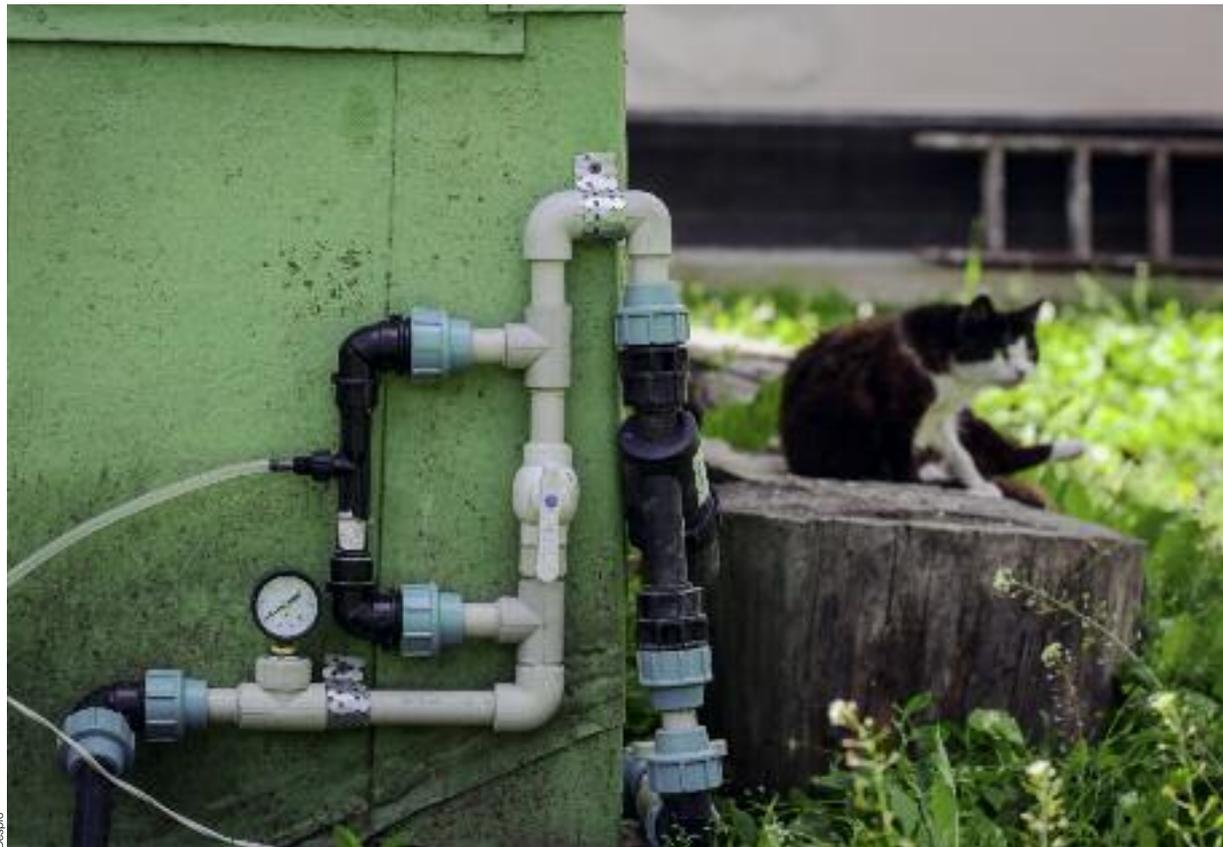
Die Sahelzone, das heisst der südliche Rand der Sahara, leidet seit langem unter Armut. Von den sieben westafrikanischen Staaten dieser Region sind fünf Schwerpunktländer der DEZA: Mali, Niger, Burkina Faso, Benin und Tschad. Armut hat hier viele Ursachen. In den letzten 40 Jahren haben unter anderem wiederholte Trockenperioden die Bevölkerung in die Knie gezwungen und das sozioökonomische Phänomen der multidimensionalen Armut verstärkt. Ganz allgemein ist die Sahelzone einer wachsenden Dürre ausgesetzt, welche die Möglichkeit zur ohnehin fragilen Selbstversorgung der Länder erschwert. Diese hängen grösstenteils von der Produktion von Sorghum und anderen Hirsearten ab.

Wasser bringt Leben ins Dorf

Bis vor wenigen Jahren verfügten in der zentralistisch organisierten Ukraine die Gemeinden nur über geringe Kompetenzen und kaum funktionierende Dienstleistungen. Seit die von der Regierung vorangetriebene und von der Schweiz unterstützte Dezentralisierung zu greifen beginnt, verändert sich auch das Leben in den Dörfern.

Überzeugende Dienstleistungen

Das Projekt Despro (Swiss-Ukrainian Decentralization Support Project) bietet technische Hilfe und direkte Investitionen im Bereich lokaler Infrastrukturen wie Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung. Die Gemeinden werden darin unterstützt, eigene Ressourcen zu mobilisieren und selbst Probleme zu lösen. Im Durchschnitt steuern sie knapp zwei Drittel der nötigen Mittel selbst bei. Das Projekt hat bis heute dazu beigetragen, die Lebensqualität von rund 100 000 Menschen spürbar zu verbessern. In Umfragen zeigten sich über 80 Prozent der Menschen von der Qualität der neuen Dienstleistungen überzeugt. Die Erfahrungen aus dem Projekt sind in die nationale Reform zur Dezentralisierung und in die diesbezügliche Kommunikation eingeflossen. www.decentralization.gov.ua



Seit das ukrainische Dorf Snytkiv über eine verlässliche Wasserversorgung verfügt, ist auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden und in die Zukunft gestärkt.

(jlh) Snytkiv könnte heute ein ebenso deprimierendes Dorf sein wie viele andere in der Ukraine: miserable Strassen und öffentliche Infrastrukturen, schlechte Qualität des Wassers, keine Jobs, kaum Zukunftsperspektiven für die Jugend und ein geringes Vertrauen in die Regierung in Kiew. Doch in Snytkiv kam es anders. Gemeindepräsident Victor Olshevsky suchte nach Wegen, um Dynamik und Entwicklung in das vom Niedergang bedrohte Dorf mit seinen 650 Einwohnerinnen und Einwohnern zu bringen. Sein Projekt: eine eigene, zuverlässige Wasserversorgung. An diesem Punkt kam das Despro-Projekt der DEZA ins Spiel (vgl. Randtext). Es unterstützt konkrete Initiativen von Gemeinden, um kom-

munale Dienstleistungen aufzubauen: beispielsweise eine eigene Trinkwasserversorgung oder eine funktionierende Abfallentsorgung. So auch in Snytkiv, wo ab Sommer 2015 ein tiefes Loch gebohrt wurde, um Wasser zu fassen. Mittlerweile sind über 13 Kilometer Wasserleitungen verlegt worden. Jeder Haushalt, der Kindergarten und die lokale Gesundheitsstation verfügen seit April 2016 über qualitativ gutes Wasser.

Knapp die Hälfte des Geldbedarfs stammte aus dem Schweizer Projekt, den Rest steuerten die Gemeinde oder einzelne Gemeindemitglieder bei. Die Mitfinanzierung von Infrastrukturen durch die lokalen Behörden ist ein Grundprinzip des Projekts. Auch bei Planung, Bau, Betrieb und

Unterhalt der neuen Infrastrukturen stehen die Gemeinden und ihre oft neu aufgebauten Dienststellen in der Verantwortung.

In der Schweiz sind Kompetenzen und Dienstleistungen auf Stufe Gemeinde tief verankert. Anders jedoch in der traditionell zentralistischen Ukraine. Zwar hatte das seit 1991 unabhängige Land bereits 1997 die Europäische Charta für lokale Selbstverantwortung unterzeichnet, dennoch wurde die Dezentralisierung lange vernachlässigt. Seit 2014 gehört das Anliegen allerdings zu den wichtigsten Prioritäten der Reformen der Regierung in Kiew.

Anerkannte Kompetenz

Zu Beginn des Dezentralisierungsprozesses war das Despro-Projekt vor allem im Bereich konkreter lokaler Infrastrukturen tätig. In den letzten Jahren jedoch, so Jean-Gabriel Duss vom Direktionsbereich Ostzusammenarbeit, hat sich das Engagement der DEZA ausgeweitet: «Welche Rolle kann die Gemeinde beim lokalen Service publique übernehmen? Wie kann sie eigene Dienstleistungen organisieren und finanzieren? Diese eher strategischen Fragestellungen sind heute ebenfalls von zentraler Bedeutung.»

So kommt es, dass nun schweizerisches Know-how bezüglich lokaler Verwaltung in die nationale Reform zur Dezentralisierung einfließt. Auch bei der Kommunikation der Regierung zu den Vorteilen der Dezentralisierung erweisen sich die langjährigen Projekterfahrungen als äusserst wertvoll.

Die DEZA ist mit ihrem Engagement in der Ukraine nicht alleine. Verschiedene multilaterale Organisationen wie das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und bilaterale Geber wie die USA, EU oder Kanada unterstützen die Dezentralisierungsreform mit beträchtlichen Mitteln. Doch auch auf dieser Ebene kommt der Schweiz eine besondere Rolle zu: Im Auftrag der ukrainischen Regierung koordiniert das Schweizer Kooperationsbüro in Kiew die Arbeit und die Projekte der internationalen Akteure sowie die Umsetzung der Reform durch die ukrainische Regierung. «Die Schweiz», sagt Jean-Gabriel Duss, «ist für ihren speziellen Hintergrund in der Frage der Dezentralisierung sowie bezüglich der lokalen Gouvernanz bekannt und anerkannt.»

Endlich lohnende Landwirtschaft

Das Projekt geht nun in seine letzte, bis 2020 dauernde Phase – und wagt zugleich einen neuen Schritt: Es wird auf die vom bewaffneten Konflikt betroffene Region Luhansk in der Ostukrai-

ne ausgedehnt. In den von der Regierung kontrollierten, aber fragilen Teilen der ländlichen Region leben auch viele von den Kämpfen intern vertriebene Menschen. Dies macht den Weg zur Dezentralisierung nicht leichter, wie Ilona Postemska, nationale Programmverantwortliche im Schweizer Kooperationsbüro in Kiew, betont: «Nationale Reformen können nur gelingen, wenn die lokale Bevölkerung einbezogen und das komplexe und fragile politische und sozioökonomische Umfeld berücksichtigt wird.»



Die neu aufgebaute Erdbeerplantage gehört zu einer Anlage, welche bis zu 400 Arbeitsplätze bietet.

Der Aspekt der Friedensbildung, betont Jean-Gabriel Duss, gewinne in der Arbeit der DEZA an Gewicht. Lokale Kompetenzen und funktionierende Infrastrukturen seien unerlässlich, um das Vertrauen in die Behörden und in die Zukunft zu stärken.

Zurück nach Snytkiv. Dort hat die Reform das Leben verändert. Jetzt, wo sich Felder bewässern lassen, haben die Bewohnerinnen und Bewohner eine Beerenplantage aufgebaut, die bis zu 400 Arbeitsplätze bietet. Die frischen und gefrorenen Früchte aus Snytkiv werden nicht nur innerhalb der Ukraine, sondern auch in andere Länder verkauft, die verlassenen Häuser sind wieder bewohnt, die Immobilienpreise haben angezogen, die Geburtenrate hat sich verdreifacht – die Menschen glauben wieder an die Zukunft. Eine Dorfbewohnerin meint: «Dank der besseren Wasserversorgung wurde unser Traum von einer einträglichen Landwirtschaft Wirklichkeit.» ■

Breit angelegtes Engagement

Die Kooperationsstrategie 2015-2018 für die Ukraine bildet die Grundlage für die Unterstützung der Schweiz zugunsten des osteuropäischen Landes. Neben der Ostzusammenarbeit und der Humanitären Hilfe der DEZA sind in der Ukraine auch das SECO sowie die Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA engagiert. Für die Periode 2015 bis 2018 sind knapp 100 Millionen Franken vorgesehen. Die Schwerpunkte des Schweizer Engagements liegen in den Bereichen Gouvernanz, Friedensförderung, Gesundheit, Energie und wirtschaftliche Entwicklung. Im fragilen, von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Land gibt es rund 1,5 Millionen Binnenvertriebene. Die humanitäre und wirtschaftliche Situation der Bevölkerung, vor allem in der Ostukraine, ist kritisch.

Einblick DEZA



Guillem Lopez/Aurora/faf

Tadschikistan: Sauberes Trinkwasser

(cek) Obwohl Tadschikistan über grosse Wasserressourcen verfügt, haben weite Teile der ländlichen Bevölkerungen nur unzureichenden Zugang zu Trinkwasser. Zudem ist das Wasser oft verschmutzt und trägt somit massgeblich zur Verbreitung von Krankheiten bei. Im Rahmen des Projektes «Sicheres Trinkwasser und Sanitäranlagen in Tadschikistan» wird das Problem auf verschiedenen Ebenen angegangen. National wird der politische Dialog für eine flächendeckende Wasserversorgung gefördert. Auf regionaler und lokaler Ebene werden die Zusammenarbeit der Gemeinden und der Miteinbezug der Nutzer in die Planung der Wasserversorgung gestärkt, um so allen Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen.

Dauer: 2017-2021

Volumen: 15,4 Millionen CHF

Albanien: Minderheiten mitbeteiligen

(cek) Die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Albaniens ist seit dem Ende des Kommunismus bereits weit fortgeschritten. Jedoch sind Minderheiten noch immer benachteiligt. Besonders im Bereich öffentli-

cher und sozialer Dienstleistungen erhalten Roma, Personen mit Behinderungen und andere marginalisierte Bevölkerungsgruppen nicht die Unterstützung, die sie benötigen. Im Rahmen des Projekts «Leave no one behind» unterstützt die Schweiz deshalb die Gemeinden darin, ihre organisatorischen und personellen Kapazitäten zu stärken, um damit schutzbedürftigen Personen einen besseren Zugang zu öffentlichen und sozialen Dienstleistungen zu ermöglichen. Die marginalisierten Gruppen, und damit auch ihre spezifischen Bedürfnisse, sollen stärker in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden, beispielsweise bei der Erstellung von Gemeindeplänen und Budgets.

Dauer: 2017-2021

Volumen: 8 Millionen CHF

Agenda 2030: Umsetzung stärken

(ule) Die Agenda 2030 ist mit ihren 17 Zielen ein umfassendes Übereinkommen und bildet den aktuellen Referenzrahmen für die globale nachhaltige Entwicklung. Neben der Umsetzung ist auch die kontinuierliche Überprüfung der Agenda überaus wichtig. Die DEZA unterstützt deshalb Institutionen, die den zuständi-

gen Akteuren das nötige Wissen bereitstellen und die entscheidenden Fähigkeiten vermitteln, um ihrer Rechenschaftspflicht entsprechend nachkommen zu können. Zudem leistet die DEZA einen Beitrag an den ersten umfassenden Bericht zur globalen Umsetzung der Agenda 2030. *Projektdauer: 2017-2019*
Volumen: 3,5 Millionen CHF

Privatsektor: Aufruf zur Zusammenarbeit

(ule) Der Privatsektor soll vermehrt in die Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden. Damit dieses Engagement den Ärmsten zugutekommt, unterstützt die DEZA die «Business Call to Action»-Initiative des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Die Initiative appelliert an Unternehmen, konkrete Verpflichtungen einzugehen, um vulnerable Menschen in ihre Wertschöpfungsketten miteinzubeziehen – sei es als Klienten, Angestellte oder Unternehmer. Mit dem Vorhaben werden Verpflichtungen öffentlich und prüfbar. Unternehmen werden dabei unterstützt, die Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf die Ärmsten der Welt zu messen. Bisher haben sich über 170 Unternehmen, die insgesamt in 65 Ländern tätig sind, dem Aufruf angeschlossen. *Projektdauer: 2017-2019*
Volumen: 750 000 CHF

Kolumbien: Strategie gegen Antipersonenminen

(ung) Die DEZA unterstützt in den westkolumbianischen Departementen Cauca und Nariño weiterhin die Aktivitäten der NGO Handicap International. Bisher einzeln geführte Massnahmen werden

fortan im Projekt zusammengelegt, darunter die Sensibilisierung für die Minengefahr, die humanitäre Minenräumung sowie die psychische und körperliche Wiedereingliederung der Opfer. Dabei wird auf die Ressourcen vor Ort gesetzt, man bindet die Gemeinschaften ein und trägt zu den Friedensbemühungen bei. Ausserdem zielt das Projekt auf die Konsolidierung der staatlichen Kompetenzen bei der zivilen Minenräumung ab. *Projektdauer: 2017-2018*
Volumen: 650 000 CHF

Libanon: Wasser für den Frieden

(bm) Im Libanon nehmen aufgrund starker Bevölkerungszunahme (über eine Million syrische Flüchtlinge), rascher Verstädterung und wasserraubender landwirtschaftlicher Nutzung die Wasserprobleme zu. Wegen grosser Trockenheit hat sich die Lage seit 2014 noch verschlimmert. Um sie ins Lot zu bringen, unterstützt die DEZA die Behörden dabei, die Ressourcen besser zu bewirtschaften. Vom Projekt profitieren nicht zuletzt die verletzlichen Bevölkerungsgruppen im Norden des Landes mit hoher Armuts- und Arbeitslosenrate. Das Schwergewicht liegt auf der Datenerfassung und -verbreitung zur landesweiten Aufwertung der Ver- und Entsorgungssysteme und der Förderung eines nachhaltigen und verantwortungsvollen Wassereinsatzes. Ziel dabei ist ein besseres Zusammenleben zwischen Lokalbevölkerung und syrischen Flüchtlingen, die mittlerweile ein Viertel der Bevölkerung Libanons ausmachen. *Projektdauer: 2017-2020*
Volumen: 2,4 Millionen CHF

Chipkarten statt Reissäcke für Notleidende

Seit einigen Jahren lösen in Krisengebieten Barzahlungsprogramme die einstigen Hilfsgüterlieferungen ab. Geht diese Finanzhilfe mit einem Paradigmenwechsel im humanitären Engagement einher? Sind die Geberländer bereit, die Interessen ihrer Bauern hintanzustellen? Ein Überblick von Zélie Schaller.



In der stark vom Bürgerkrieg betroffenen syrischen Stadt Homs bezahlt eine Frau Frischprodukte mit einem Wertgutschein, welchen sie von einem Schweizer «Cash-and-Voucher-Programm» erhalten hat.

Noch vor wenigen Jahren führten Hilfsorganisationen ganze Ladungen von Reis, Mais und Weizen in die Krisenländer. Diese Soforthilfemassnahmen retteten zwar Leben, schaden aber der Bevölkerung vor Ort auch: Sobald die Leute in endlosen Schlangen auf ihre bescheidene Ration warteten, war ihre Würde dahin. Überdies hatte die lokale Ernte der Bauern gegen die Importware keine Chance und blieb liegen.

Seit einem Jahrzehnt geraten jedoch Hilfsgüterlieferungen immer stärker in die Kritik: verspätetes Eintreffen ungeeigneter Ware, beträchtliche Logistik, grosser ökologischer Fussabdruck. Auch die Verwertung von Überschüssen aus dem Westen, die die Wirtschaft vor Ort aus dem Lot bringt, steht zur Debatte.

Gestärkte Eigenständigkeit

Die humanitäre Hilfe erhebt den Anspruch, künftig effizienter und besser auf den lokalen Kontext zu agieren. Deshalb haben 15 Staaten, darunter die Schweiz, das 2013 in Kraft getretene Ernährungshilfe-Übereinkommen ratifiziert. Eines seiner

Prinzipien ist es, Ernährungshilfe so zu leisten, «dass die Existenzgrundlage der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen und der lokalen Bevölkerung geschützt und deren Eigenständigkeit und Widerstandsfähigkeit gestärkt wird (...)». Dieser Text bezieht sich im Gegensatz zum Vorgänger von 1999 nicht bloss auf Getreidelieferungen, sondern auch auf die Bereitstellung von Bargeld und Gutscheinen.

Sogenannte Barzahlungsprogramme (Cash transfer programming, CTP) beinhalten einerseits Gutscheine auf Papier, Wert- oder Geldbezugskarten, und andererseits Bezahlung mit dem Mobiltelefon. Eingeführt wurden sie bei der DEZA bereits 1998 auf dem Balkan, und sie beruhen auf der Erkenntnis, dass Opfer ihre Bedürfnisse selber am besten kennen. Die Betroffenen erhalten Geld, um sich beispielsweise Nahrungsmittel zu kaufen oder im Winter die Heizung zu bezahlen. In 19 Jahren (bis Ende 2016) hat die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit 29 solcher Projekte für insgesamt 66,6 Millionen Franken umgesetzt.

Zur Umsetzung eines CTP sind zwei Bedingun-

Gleiche Spielregeln für alle

Exportsubventionen behinderten lange den Handel mit Agrargütern. Nach jahrelangen Streitigkeiten haben sich die WTO-Mitglieder darauf geeinigt, die den Weltmarkt verzerrenden Finanzhilfen abzuschaffen. Der historische Entscheid fiel an der zehnten WTO-Ministerkonferenz in Nairobi, Kenia, im Dezember 2015. Demnach darf die internationale Nahrungsmittelhilfe die landeseigene Produktion nicht gefährden. Diese Vorgabe ist für die Bauern in den armen Ländern wichtig, die es mit den westlichen Staaten nicht aufzunehmen vermögen. Letztere hatten mit Subventionen ihre Exporte aufgeblasen und damit nicht zuletzt einen weltweiten Wertzerfall der Agrargüter provoziert – mit der Folge, dass Marktanteile und Erlös bei den anderen Exportländern sanken. Nun sollen für alle dieselben Spielregeln gelten.



Werden wie hier in Ägypten Lebensmittel verteilt, kauft das UNO-Welternährungsprogramm diese auf dem lokalen Markt ein.



Ein Essens-Voucher im jordanischen Flüchtlingslager Zaatari.

Wissen vermitteln

Das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) arbeitet mit der global tätigen Cash Learning Partnership zusammen, um in Notsituationen Cash transfer programming (CTP) zu fördern. Gemeinsam verbreiten sie das Wissen über diese Art von Hilfe bei den humanitären Akteuren vor Ort. Sie stellen Bildungswerkzeuge bereit und erproben die Anwendungsformen, insbesondere im Zusammenhang mit den neuen Technologien. Im SKH arbeiten über 130 speziell dafür ausgebildete Experten, welche UNO-Organen sowie internationale und Schweizer NGO bei der Umsetzung von CTP unterstützen.

gen zwingend: ein funktionierender Markt und zuverlässige Bezahlssysteme. Zu den vielen Vorteilen gehört, dass die Verteilung schnell erfolgt und die Logistikkosten sinken. Die Familien wählen die für sie üblichen Lebensmittel aus und erstehen genau das Material, das sie benötigen, vermeiden also Verschwendung. Die Bauern und Händler vor Ort gehen ihren Aktivitäten nach, ganze Regionen können sich so wieder aufraffen. «Mit Geldprojekten lassen sich mehr Ressourcen in den lokalen Markt pumpen, man erzielt also einen Multiplikationseffekt», unterstreicht Dominique Magda, Sprecherin beim Welternährungsprogramm (WFP). Sie zitiert eine 2016 in Ruanda durchgeführte Untersuchung, wonach «ein an Flüchtlinge abgegebener Dollar, zwei Dollar für die lokale Wirtschaft generiert».

Im letzten Jahr machten CTP mit 880 Millionen Dollar, ausgeschüttet in 60 Ländern, etwa ein Viertel des Portfolios der UNO-Agentur aus. 2010 waren es erst 60 Millionen in 19 Staaten gewesen. Zugleich sprang die Anzahl Begünstigter von drei auf vierzehn Millionen. Dieser Anstieg ist Ausdruck einer strategischen Neuausrichtung: Ernährungshilfe anstelle von Nahrungsmittellieferungen.

Bis vor wenigen Jahren verteilte man an Hungernde Lebensmittel. Heute ist ein besseres Verständnis für die langfristigen Ernährungsbedürfnisse erforderlich – und für die Reaktionsmöglichkei-

ten: Nahrungsmittel plus CTP. Dadurch werden die Begünstigten als Akteure wahrgenommen: Man lässt sie zu Wort kommen und überlässt ihnen weitgehend die Wahl der Lebensmittel. Das Flüchtlingshochkommissariat UNHCR verfügt über breite Erfahrung mit Geldtransfers. Seine diesbezüglichen Programme haben im vergangenen Jahr erstmals jene mit Sachleistungen übertroffen. Von 2015 bis 2016 haben sie sich von 325 auf 688 Millionen Dollar mehr als verdoppelt. Sie fördern, so das UNHCR, die Koexistenz mit den Gastgemeinschaften. Laut IKRK gibt es dabei auch nicht mehr Missbräuche als bei der Lieferung von Sachwerten.

Begünstigte setzen Prioritäten

Auch auf internationaler Ebene stehen CTP zur Debatte. Am Weltgipfel für humanitäre Hilfe 2016 in Istanbul erhielten sie laut der global agierenden Cash Learning Partnership «eine herausragende Rolle». Doch obwohl ihr Nutzen erwiesen ist, machen sie bloss sieben Prozent der internationalen Hilfe aus. Warum nicht mehr, wo sie doch laut einer WFP-Studie 50 Prozent erreichen könnten? Alice Golay, CTP-Verantwortliche bei der DEZA, nennt mehrere Stolpersteine: verbesserungswürdige Kompetenzen, Koordinationsschwierigkeiten und Mentalitäten. Letztere müssten sich entwickeln: «Cash-Programme setzen stärker auf mittelfristige Auswirkungen als auf kurzfristige



Marie Perle/DEZA

In Sri Lanka bauten nach dem Bürgerkrieg viele Familien mit finanzieller Unterstützung aus der Schweiz ihr zerstörtes Haus wieder auf.

Resultate. Die humanitären Helfer müssen von paternalistischen Haltungen wegkommen und es den Begünstigten überlassen, ihre Prioritäten zu setzen.»

Eine weitere Hürde stellt der Druck der westlichen Agrarlobby dar. Vergangenen Juni musste der damalige Aussenminister Didier Burkhalter vor dem Schweizer Parlament mit Nachdruck gegen eine Motion zur Weiterführung der von der Schweiz in Form von Milchprodukten angebotenen Nahrungsmittelhilfe kämpfen. Nach langem Hin und Her wurde der Text zurückgewiesen. Somit gibt es kein teures Aufkaufen von Milchpulver bei den Verarbeitern zur Verteilung in den Entwicklungsländern mehr. Ab 2018 werden die dafür vorgesehenen 20 Millionen Franken pro Jahr – einst waren es gar 40 Millionen – dem WFP zugeteilt. Diese muss bei Milchpulverzuteilungen das Schweizer Angebot berücksichtigen, allerdings zu Exportpreisen, womit auch die Zahl der Begünstigten steigt.

Bisher erwarb die DEZA jährlich rund 3000 Tonnen Milchprodukte, also 0,8 Prozent der Schweizer Jahresproduktion bzw. 4 Prozent der Milchpulverproduktion. WTO und OECD betrachten diese Art von Naturalhilfe als versteckte Exportsubvention, und die Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften HAFL in Zollikofen BE kommt in ihrer Beurteilung 2015 zum Schluss: «Heute gibt es effizientere Mittel als

Schweizer Milchprodukte zur Behandlung der Fehlernährung», so etwa therapeutische Fertignahrung aus Erdnusspaste. Das ins Jahr 1959 zurückreichende «Milchprogramm» ist überholt und wird an die aktuellen Erfordernisse angepasst.

Einheimische Produkte

Die DEZA unterstützt vorzugsweise den Kauf von Nahrungsmitteln vor Ort. Die EU wiederum bietet Ernährungshilfe weitgehend in finanzieller Form an und hat in den letzten Jahren wiederholt die USA daran erinnert, dass Naturalhilfe nicht als «Alibi» zur Unterstützung der eigenen Bauern dienen soll. Mit Erfolg: USAID gehört mittlerweile zu jenen Gebern, die CTP am stärksten fördern und liefert, so deren Sprecher Tom Babington, keine Überschüsse mehr: «Die amerikanischen Behörden kaufen lokale Ware; US-amerikanische Güter werden im Notfall verteilt, wenn die Märkte vor Ort nicht funktionieren oder das umgesetzte Volumen nicht ausreicht.»

Ist die Zeit also reif für «Digital food»? «Wenn die Märkte und der operative Kontext es zulassen», so der ehemalige UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, «muss Cash transfer programming der bevorzugte und standardmässige Hilfemodus sein.» ■

(Aus dem Französischen)

Geld zur Unterstützung sri-lankischer Familien

Nach dem Bürgerkrieg in Sri Lanka (1983-2009) unterstützte die DEZA die Bevölkerung beim Wiederaufbau ihrer Dörfer. Sie wählte einen ganzheitlichen Ansatz und griff zu Geldüberweisungen. Die Familien erhielten technische Beratung sowie finanzielle Unterstützung, um ihr zerstörtes Haus wiederaufzubauen. Auch zum Start einer einkommensbildenden Aktivität (Bau, Fischerei, Kleinhandel) wurde ihnen Geld zur Verfügung gestellt. Überdies entschädigte die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit all jene, die sich am Wiederaufbau öffentlicher Infrastrukturen wie Strassen, Schulen oder Bewässerungsanlagen beteiligten. Alle Begünstigten erhielten eine Finanzberatung und kamen über die Bank ihres Dorfes an ihr Geld. Während sechs Jahren (2009-2015) profitierten mehr als 7500 Haushalte davon.

Endstation Marokko

Zwar liegt Marokko ganz im Nordwesten Afrikas, doch stand es lange in regem Austausch mit dem ganzen Kontinent: Salz gegen Gold, Sklaven gegen Schutz, Heiligkeit gegen Konkubinen oder auch Manuskripte gegen Unterwerfung. So war es vor der Kolonialzeit. Viel später, nach der Loslösung aus den Abhängigkeiten, kam eine Lust auf Befreiung auf, die zum Aufbruch in Richtung des europäischen Arkadiens führte. Bloss ist Marokko nach rund zwanzig Jahren Globalisierungsillusionen und sich langsam schliessender Tore zur Festung Europa immer weniger ein Durchgangsland. Für die Migranten von südlich der Sahara wird es zur Endstation. Wie geht das Land damit um?

Das soziale Gefüge der grossen Städte gerät durcheinander. Aus der Vogelperspektive erscheint es multikultureller und hybrider. Bei näherem Betrachten, auf dem Boden der Realität, lassen sich Ghettoisierungstendenzen beobachten, hier und dort mit rassistischen Untertönen. Die ausländische, äusserst heterogene Bevölkerung (Studenten,

Wanderhandwerker, Kader, Sportler, Mittellose) ist bisweilen mit Ablehnung oder Ausschluss von öffentlichen Räumen konfrontiert, wird gar beschimpft oder leidet unter Gewalt. Viele Marokkaner leugnen diese Realität, wie die 2016 von zivilen Akteuren lancierte Sensibilisierungskampagne «Ich heisse nicht Azzi» anprangerte. «Azzi» bedeutet im lokalen arabischen Dialekt Neger. Es kommt auch zu marginalen, aber von den Medien stark beachteten Initiativen, die auf einen gesellschaftlichen Aufbruch verweisen. So versteht sich das jährlich stattfindende Migrant'scène-Festival als ein Ort des Austauschs und des Nachdenkens über Migrationsfragen. Organisiert wird es seit 2010 in Rabat von der antirassistischen Gruppe zum Schutz und zur Begleitung von Ausländern und Migranten und vom Ensemble für multidisziplinäre Kunst.

Ausserhalb der Städte, in den Grenzgebieten, führt das überraschende Auftauchen von Grenzen sprengenden Migrantinnen und Migranten ebenfalls zu Spannungen. Seit der berüch-

tigten Schiesserei 2005 auf illegale Einwanderer am Grenzzaun in Ceuta, der spanischen Exklave an der Nordküste Marokkos, ist man ständig bemüht, den Strom ohne offensichtliche Dramen einzudämmen. Die Wälder rund um Nador im Rifgebirge, die Hafenstadt Tanger und Oujda im Osten des Landes sind immer wieder von Migrierenden bevölkert, die sich dort in der Hoffnung verkriechen und dahinvegetieren, irgendwann auf die andere Seite aufzubrechen.

Das offizielle Marokko befindet sich in einer Zwickmühle und bedient sich in den letzten Jahren einer Sprachregelung, um sich abzugrenzen und in gutem Licht dazustehen. Es betont, man werde vom europäischen Norden für die Dienste als Gendarm im Süden zu wenig entschädigt. Dann verkauft man dem Süden von sich das Bild eines Ersatzarkadiens: Flugdreh-scheibe, Einkaufszentren, freie Exportzone sowie universitäre Auffanginstitutionen. Und schliesslich zeigt man sich von der humanitären Seite und lanciert Regularisierungsoperatio-

nen für Migrierende, um international gut dazustehen.

Im Alltag wird deutlich, dass sich die inzwischen in Marokko niedergelassenen Fremden im Wesentlichen über ihre Religionen zusammenfinden, die quasi als geistige Rettungsanker gegen die Hoffnungslosigkeit fungieren. Zur Gemeinschaft stossen sie in den paar wenigen, über das Land verstreuten katholischen Kirchen. In den Moscheen entstehen Verbindungen für die islamischen Immigranten dank des Sufismus, der von Marokko bis nach Mali und Senegal historische Bezüge hat. Der blinde Fleck dieser Politik bleibt dabei der vorerst bloss rudimentäre und insofern diskriminierende Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen und ordentlicher Beschäftigung. ■

(Aus dem Französischen)



Driss Ksikes, geboren 1968 in Casablanca, ist Schriftsteller und Journalist. Der ehemalige Chefredaktor von «TelQuel» (2001–2006) ist zurzeit Professor am Institut des hautes études de management in Rabat. Er steht an der Spitze des institutseigenen Forschungszentrums und seiner Zeitschrift «Economia». Ksikes setzt mit Laboratorien aus dem Maghreb und dem Mittelmeerraum Projekte im Medien- und Kulturbereich um. Unter anderem leitet er Schreibwerkstätten und arbeitet mit Kulturpublikationen zusammen. Als Dramaturg hat er auch Erzählungen und Essays verfasst.



Daniel Etter/afp

Filmland Afghanistan – sicher ist da gar nichts

Im Mai 2016 gewann die afghanische Filmemacherin Shahrbanoo Sadat in Cannes mit ihrem ersten Spielfilm den Art Cinema Award. «Wolf and Sheep» ist inzwischen weltweit in mehr als 20 Ländern gelaufen, so auch in der Schweiz, wo der Film über 5000 Eintritte verzeichnete. Nächstens soll er in Kabul gezeigt werden. Wie sehen afghanische Filmschaffende die Arbeit in Afghanistan heute? Von Walter Ruggle.



afgans-film

Vor ein paar Jahren prägte der palästinensische Filmemacher Elia Suleiman einen Satz, der nur in englischer Sprache über die doppelte Bedeutung des Wortes «Shooting» so richtig schön zum Tragen kommt. Er sagte: «Sometimes we couldn't shoot, because there were other people shooting.» Wenn es im Gespräch mit afghanischen Filmschaffenden um die Produktionssituation geht, kommen denn auch tatsächlich alle rasch auf den Punkt Sicherheit, denn in Kabul gehören Anschläge zur Tagesordnung. Der Dokumentarfilmer Jawed Taiman («Addicted in Afghanistan») umschreibt das so: «Es gibt einen wesentli-

chen Unterschied zum Filmmachen in anderen Ländern, denn das allererste, woran wir bei der Planung eines Drehs denken müssen, ist die Sicherheit. Welche Drehorte sind sicher genug? Besteht die Gefahr eines Angriffs? Werden die Menschen vor Ort uns akzeptieren und die Mullahs sich nicht gegen uns stellen?» Erst wenn man diese Fragen geklärt habe, könne man an die normalen Knackpunkte beim Filmmachen denken.

Lieber anderswo drehen

Es gibt Beispiele von internationalen Produktionen, die in Afghanistan spielen und auch

dort gedreht wurden, etwa der deutsche Spielfilm «Zwischen Welten» von Feo Aladag. Sie entstanden freilich unter Hochsicherheitsbedingungen, im erwähnten Fall in der Festung der deutschen Bundeswehr. Einheimische können kaum damit rechnen, den Schutz der Armee zu erhalten. Und so reden alle von der Notwendigkeit einer Evaluation, vielen fällt der Entscheid schwer, aber schliesslich ist bei grösseren Spielfilmen klar: Man dreht anderswo. Auch die 26-jährige Shahrbanoo Sadat, die sich gegen das einseitige Bild wehrt, das die Welt von Afghanistan habe. Sie

will ihm mit «Wolf and Sheep» unter anderem ein anderes Bild entgegensetzen, eines des gewöhnlichen Lebens auf dem Land, das beschwerlich sein mag, aber friedlich ist. Der Filmschaffende Dawood Hilmandi meint, dass man ausserhalb von Kabul, zum Beispiel in seiner Heimatregion Bamyán, sicher drehen könne. Sein erstes Spielfilmprojekt wurde im August 2017 in Locarno mit dem Open Doors Grant ausgezeichnet. Es handelt von der Kraft der Imagination.

Frauen im Fokus

Shahrbanoo Sadat entschied sich nach langem Hadern dafür, ins



2

benachbarte Tadschikistan auszuweichen, weil sie das Risiko für die am Dreh Beteiligten nicht auf sich nehmen wollte. Sie hat ihr Heimatdorf dort so authentisch nachgebaut, dass selbst die Bauern, die sie als Darstellende mitnahm, es als afghanisches Dorf betrachtet haben. Was an ihrer Geschichte auffällt und was man thematisch in afghanischen Filmen am häufigsten findet, ist der Fokus auf die Situation der Frau. In verschiedenen Filmen wird der Umgang mit Frauen thematisiert, der fehlende Respekt und der Warencharakter: Frauen als Besitztümer von Männern. Schon der erste Spielfilm, der nach dem Sturz der Taliban in Afghanistan von Siddiq Barmak gedreht wurde, handelte von einem Mädchen, das von der Mutter als Junge verkleidet wurde, damit das Kind in der Gesellschaft eine Chance hätte. Er zeichnete ein himmeltrauriges Bild der Situation von Mädchen und Frauen im Land am Hindukusch. Produziert wurde dieser Film vom Iraner Mohsen Makhmalbaf, der mit allen Wassern der Vermarktung gewaschen ist. Er überredete den Filmemacher, den Titel «Unter dem Regenbogen» in

«Osama» zu ändern, obwohl die Figur, die damals in allen Schlagzeilen auftauchte, mit der Geschichte nicht das Geringste zu tun hat.

Falsch verstandene Religion

Die Filmemacherin Roya Sadat («A Letter to the President») hat es heute als Gattin des für Film zuständigen Beamten in einem Land, das als zutiefst korrupt gilt, einfacher. Sie erzählt, wie vielfältig das kulturelle Leben und auch das Kino einst waren, bevor 40 Jahre Krieg geherrscht haben. Sie selber musste sich ins Private zurückziehen, denn

Frauen hatten unter den Taliban draussen nichts verloren. Dank Büchern begann sie sich mit Film auseinanderzusetzen, aber erst nach 2001 konnte sie aktiv werden. Sie habe einen Kameramann des Fernsehens gebeten, mit ihr zu arbeiten, und bald einmal festgestellt, dass Begriffe wie «Obersicht», die sie aus Büchern gelernt hatte, ihm zu kompliziert waren. Sie solle einfach «Blick Gottes» sagen, wenn sie eine Szene von oben filmen wolle, dann wisse er, was sie meine. Siddiq Barmak führt zwei Gründe für die schwierige Situation

in seiner Heimat an: Die geostrategische Lage und die falsch verstandene Religion. Ersteres hat dazu geführt, dass Afghanistan hin- und hergerissen wurde, letzteres zur Dominanz des Religiösen, das sich auch in den Geschichten zeige. Man könnte noch das männliche Element anfügen, das alles im Leben prägt. Kinos wurden von den Taliban zerstört oder zu Moscheen umgebaut, so dass heute in Kabul noch vier Säle gezählt werden, darunter das Pamir und das Ariana. In ihnen hat das unabhängige Filmschaffen keinen Platz, da sind Bolly-



3

wood-Produktionen, US-Actionfilme und pakistanischer Mainstream zu sehen. Ausserdem sind sie Männern vorbehalten, Frauen dürfen nicht ins Kino. Sie müssen sich Filme anderswo anschauen. Wenn sie Zugang zum Internet haben, kann das über illegale Filmportale geschehen, wo einzelne unabhängige Filmschaffende ihre Werke selber hochladen, damit sie wenigstens in guter Qualität gesehen werden können.

«Mafiöse Zustände»

Shahrbanoo Sadat, die derzeit

und wenn du nicht irgendwie dazugehörst, verlierst du». Sie zählt weiterhin, wie andere junge Filmschaffende, auf Partnerschaften in Europa. Die Wege im zerklüfteten und gebirgigen Afghanistan waren immer schon lang; im Film scheint man noch weit davon entfernt, realistische Chancen zu bieten. Es gibt natürlich noch elementarere Bereiche, die verändert werden müssen. Im Kurzfilm «Finding Zalmay» von Sami Hasib Nabizada ist ein Postbote mit dem Fahrrad unterwegs zum entlegenen



4

Kommandoposten, um einem Mann mit Namen Zalmay einen Brief seines Vaters zu übergeben. Am Ende findet er den richtigen Ort, aber Zalmay ist tot, ums Leben gekommen beim Verteidigen einer Schule. ■

* Walter Ruggie ist Publizist und Direktor der Stiftung trigon-film, welche auch «Wolf and Sheep» auf DVD herausgebracht hat und die sich seit 1988 für das Kino des Südens und des Ostens engagiert.

1. «Finding Zalmay» (2012) von Sami Hasib Nabizada
2. «Earth And Ashes – Khâkestar-o-khâk» (2004) von Atiq Rahimi
3. «Addicted in Afghanistan» (2009) von Jawed Taiman
4. «Wolf and Sheep» (2016) von Shahrbanoo Sadat
5. «Osama» (2003) von Siddiq Barmak
6. «A Letter to the President» (2017) von Roya Sadat

trigon-film (6)



5

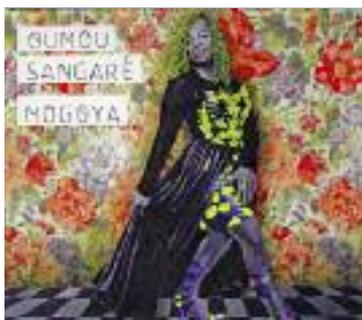
künstlerisch erfolgreichste afghanische Filmemacherin, arbeitet momentan an den Vorbereitungen ihres nächsten Spielfilms und versucht, in Kabul den ersten Film zu zeigen. Sie will sich dazu passende Räume in Gegenden mieten, in denen die Sicherheitslage es zulässt. Sadat spricht von einer Mafia, die im Filmbereich das Sagen habe, das seien rund 40 Personen, ohne die nichts gehe. Bei der ausgebliebenen Oscar-Nomination für «Wolf and Sheep», dem einzigen Film, der eine reale Chance gehabt hätte, hat sich die junge Filmemacherin mit einem Facebook-Post mutig gegen das Selektionsverfahren in Kabul gewehrt und festgestellt, «dass in Afghanistan alles, das Kino inbegriffen, eine Mafia ist,

6



Service

Musik



Offener Global-Groove

(er) Sie genießt Kultstatus in ihrer Heimat Mali und in Westafrika. Seit den 90er-Jahren sorgt ihr engagierter Gesang, u. a. für die Frauenrechte, für Furore. Die bald 50-jährige Sängerin, Songwrite-

rin und UN-Botschafterin Oumou Sangaré präsentiert nach achtjähriger Pause ihr siebtes Album «Mogoya», auf Deutsch etwa «Menschheit» oder «Leute heute». Mit klarer und kraftvoller Stimme verkündet die kritische Zeitzeugin wiederum unverblümt und ausdrucksstark ihre Appelle für Toleranz, gegen Terror oder spottet über eiteln Machismus. Ihr in der Wassoulou-Jäger-Tradition wurzelnder Gesang ist in eine geschmeidige und zeitgenössische Klanghülle eingebettet. Dazu tragen die Ngoni-Langhalslaute, die Karignan-Röhrglocke und die Djembé-Trommel ebenso bei wie E- und Bass-Gitarren, Keyboards und Synthesizers. Am Schlagzeug sitzt Tony Allen, der Pionier des funkjazzigen Afro-Beats und ehemals Fela Kutis Bandleader. Schliesslich sind es europäische Produzenten, die einen wunderschön offenen und in die Beine fahrenden Global-Groove gestalteten. *Oumou Sangaré: «Mogoya» (Indigo/Musikvertrieb)*

Weite Klanghorizonte

(er) Er übt eine unwiderstehliche Anziehungskraft aus, zieht nicht nur Fans in einen berausenden Bann: der musikalisch stimmige Mix von Folk-, Pop- und Indie-Elementen, den die Sängerin Yael Shoshana Cohen und der Multiinstrumentalist Gil Landau seit 2013 unter dem Namen «Lola Marsh» mit beschwingter Singer/Songwriter-Leichtigkeit kreieren. Yael charakterisiert diese Musik als dynamisch, nostalgisch, romantisch. Das israelische Duo hat nun zusammen mit drei

Musikern, die einen harmonisch dichten und mitunter fein orchestrierten Klangteppich weben, sein Debütalbum veröffentlicht – mit balladenhaften, vereinzelt beinahe geflüsterten Texten über den Rosengarten beim Elternhaus, über Freundschaft und das liebe Leben. Dabei öffnet die Künstlerin aus Tel Aviv mit ihrer brillanten, samtwarmen und fein rauchigen Stimme weite Klanghorizonte, die an wogende Mittelmeereswellen oder heisse Wüstenwinde denken lassen. Es ist der beste Weg, die Musikszene der Welt zu erobern.

Lola Marsh: «Remember Roses» (Barclay/Universal Music)

Unter freiem Himmel

(er) Mittelamerikas Musikwelt stand in Nyon im Village du Monde des diesjährigen Paléo-Festivals im Mittelpunkt. In diesem Rahmen reiste Inna

de Yard aus Jamaika an. Das Dreamkollektiv des puren Roots-Reggae, dem Ikonen wie Ken Boothe und Cedric «Congo» Myton, aber auch hierzulande unbekannt junge Talente angehören, kam mit einem hervorragenden Album. Dieses wurde unter freiem Himmel auf einer Hügelterrasse ohne digitale Studiotechnik eingespielt – genau so, wie in Kingstons Hinterhöfen (Inna de Yard) musiziert wird. Zu hören gibts nun eindruckliche Männerstimmen, die raue, emotionsgeladene Vocals vortragen, untermalt von harmonischem Chorgesang mit Gospelanclängen. Organisch entwickeln sich dazu erdige Riddims von Nyahbinghi-Trommelrhythmen, pumpenden Gitarren- und Bassriffs, luftigen Pianoläufen, satten Posaunenakzenten und sanften Akkordeonsuren.

13 grossartig vibrierende Songs bringen so die Reggae-Seele zum Leuchten, im Sinne der spirituellen Note «The Power Of Togetherness».

Inna de Yard: «The Soul of Jamaica» (Chapter Two Records/Disques Office)

Leben im Exil

(dg) Der neunjährige Ali und sein jüngerer Bruder Mohammad sind mit ihren Eltern als afghanische Flüchtlinge gerade erst in der Türkei angekommen. Kaum der türkischen Sprache mächtig, erlebt Ali seinen ersten Schultag, während sich die Eltern in der angemieteten Wohnung notdürftig einrichten. Wie Alis Onkel plant auch die Familie, später über Bulgarien weiter nach Mitteleuropa zu gelangen. Um zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen und etwas Geld für die bevorstehende Weiterreise zu sparen, ziehen die Brüder jeweils nach der Schule und dem Mittagessen gemeinsam los, um



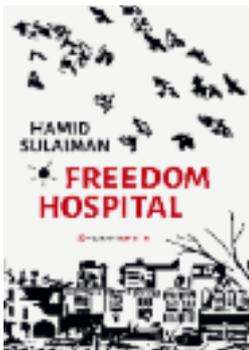
sich als Schuhputzer zu betätigen. Eines Tages taucht ein anderer Junge mit einem Schuhputzkasten auf. Die beiden Jungen verteidigen ihren «angestammten» Arbeitsplatz mit Gewalt. Am nächsten Morgen wird das Opfer ihres Angriffs in der Schule als Flüchtling aus Syrien vorgestellt... *«Angelus Novus – Reise ins Ungewisse», Kurzspielfilm von Aboozar Amini, Afghanistan/NL/GB 2015, 25 Min., ab 12 J; bei éducation 21 online oder als DVD unter www.filmecinewelt.ch*

Spital der Freiheit

(bf) In seiner Graphic Novel «Freedom Hospital» zeigt Hamid Sulaiman ein Jahr des Bürgerkriegs in seinem Heimatland Syrien. Die Pazifistin Yasmin betreibt dort 2012 ein kleines Untergrundkrankenhaus zur Versorgung verwundeter Rebellen. Inmitten des Kriegsalltags kreuzen sich hier unterschiedlichste Lebenswege. Die französische Journalistin Sophie will einen Dokumentarfilm über den Konflikt drehen; der junge Alawit Dr. Fawas hilft aufständischen Verwundeten; Zahabia, die Köchin des Krankenhauses, ist vor ihrer konservativ-sunnitischen Familie geflohen; der Arzt Yazan steht den Muslimbrüdern nahe; und einer der Patienten entpuppt sich als Spion Assads. Die ausdrucksstarken und von starken Kontrasten geprägten Schwarz-Weiss-Bilder von Hamid Sulaiman verdeutlichen die Zerrissenheit der syrischen

Bücher und Broschüren





Gesellschaft im kriegsgeprägten Ausnahmezustand anhand des Mikrokosmos Krankenhaus – spannend, aufrüttelnd und trotz allem optimistisch.

«Freedom Hospital» von Hamid Sulaiman; Hanser Berlin, Berlin 2016

Wer ist da?

(bf) «Ich heisse Imani. In meiner Muttersprache bedeutet das so viel wie ‚Wer ist da?‘. Man klopft an eine Tür, und von drinnen fragt jemand: ‚Imani?‘. Ja, diese Frage habe ich als Namen bekommen. Als wäre ich ein Geist ohne Körper, das ewige Warten auf eine Antwort.» Der Mosambikaner Mia Couto gehört zu den herausragenden Schriftstellern des portugiesischsprachigen Afrika und schreibt seit drei Jahrzehnten literarische Werke auf gleichbleibend hohem Niveau. Auch in seinem neusten Werk «Imani» weiss er seine Leserschaft von Beginn weg zu packen. Couto erzählt in diesem ersten Band einer Trilogie die letzten Jahre des

Herrschers Ngungunyane, der Ende des 19. Jahrhunderts über das Gaza-Reich herrschte, welches die südliche Hälfte des heutigen Mosambik umfasste. Wer Coutos Werk bereits kennt, wird «Imani» lieben, für alle anderen ist es ein perfekter Einstieg in das Werk des mehrfach mit internationalen Literaturpreisen ausgezeichneten Schriftstellers.

«Imani» von Mia Couto; Unionsverlag, Zürich 2017

Verschiedenes

Gratis-Klimakurs für alle

(bf) Um wie viel ist der durchschnittliche Meeresspiegel zwischen 1901 und 2010 gestiegen? Welche Treibhausgase sind für die Erderwärmung mitverantwortlich? Wie lauten die Prognosen für Temperaturschwankungen und Niederschläge? Solche und ähnliche Fragen werden in dem kostenlosen und allen zugänglichen Onlinekurs «Einführung in den Klimawandel» gestellt und beantwortet. Der vom EDA unterstützte Kurs wird auf der Multimedia-Lernplattform der Vereinten Nationen angeboten und erfreut sich immer grösserer Beliebtheit. Seit der Lancierung vor rund drei Jahren haben bereits 80000 Personen aus der ganzen Welt am Kurs teilgenommen. Das Profil der Teilnehmenden ist breit: Schüler und Schülerinnen, Lehrkräfte, Studierende und

Forschende, Umweltbeauftragte, NGO-Mitarbeitende, interessierte Bürgerinnen und Bürger.

www.uncelearn.org
www.interactive.eda.admin.ch/blog
 (Onlinekurs Klimawandel)

Nachdiplome

Das Nadel (Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer) der ETH Zürich bietet im Frühjahrssemester 2018 folgende Weiterbildungskurse an: Migration: Eine Herausforderung für die IZA (20.-23.2.) M4P – Making Markets Work for the Poor (26.2.-2.3.) Climate Change and Development (5.-9.3.) VET between Poverty Alleviation and Economic Development (12.-16.3.) Finanzmanagement und Wirtschaftlichkeit von Entwicklungsprojekten (19.-23.3.) Capacity Development in der IZA (4.-6.4. und 4.5.) Mediation Process Design: Supporting Dialog and Negotiation (9.-13.4.) Disaster Risk Reduction (17.-20.4.) ICT4D – concepts, strategies and good practices (24.-27.4.) Aktuelle strategische Debatten in der IZA (7.-9.5.) Peace Promotion (22.-25.5.)
 Auskunft und Anmeldung: www.nadel.ethz.ch

Fernsucht



Alle Länder sind eine Welt

Milo Rau ist Regisseur, Theaterautor und Essayist. Seine Produktionen wurden in über 30 Ländern aufgeführt. Im November bringt er mit «The General Assembly» den Entwurf eines Weltparlaments auf die Bühne.

Ich reise, weil ich vor Ort recherchiere, und weil meine Stücke in den betroffenen Ländern etwas auslösen sollen. Ob ich nun im Kongo arbeite, im Irak, in Russland oder in China, das macht für mich keinen Unterschied. Ich würde nicht einmal von verschiedenen Ländern sprechen. Wir leben in einer Welt – das haben die grossen Firmen bislang besser verstanden. Meine Vorstellung eines globalen Realismus ist es, eine Kunst auf Augenhöhe der Weltwirtschaft zu entwickeln. Dass wir genauso international agieren, uns international informieren und inspirieren. Wir müssen eine Empfindsamkeit schaffen dafür, dass es nur eine Menschheit gibt. Dass das Geschehen auf der Welt uns alle etwas angeht. Die Kunst kann hierfür ein Instrumentarium sein. Sie kann utopische Räume schaffen oder neue Realitäten. Dass die Welt nicht an einer Grenze endet, das ist mir früh bewusst geworden. Damals, als ich in der Schweiz mit Kindern aus Ruanda oder dem Kosovo zur Schule ging. Aus diesem Bewusstsein ist später ein Selbstverständnis entstanden, das mich bis heute begleitet: Ich reise, um mir vor Ort ein Urteil zu bilden.

(Aufgezeichnet von Christian Zeier)

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Manuel Säger (verantwortlich)
 George Farago (Gesamtkoordination)
 Beat Felber, Barbara Hell, Isabelle Kaufmann, Marie-Noëlle Paccolat, Anja Prodöhl, Özgür Unal

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)
 Luca Beti (lb), Jens Lundsgaard-Hansen (lh),

Zélie Schaller (zs), Christian Zeier (cz)
 Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Stämpfli AG, Bern

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: Information EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern
 E-Mail: deza@eda.admin.ch
 Tel. 058 462 44 12

Fax 058 464 90 47
 Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 47 400

Titelseite: Eine Brücke verbindet zwei «Dörfer» innerhalb des Flüchtlingslagers Azraq; Christian Zeier

ISSN 1661-1667

«Wenn ich draussen eine Arbeit fände, würde ich das Camp sofort verlassen.»

Abu Rim, Seite 12

«Das hier kann man doch nur in betrunkenem Zustand ertragen.»

Ntando Moyo, Seite 20

«Die humanitären Helfer müssen von paternalistischen Haltungen wegkommen und es den Begünstigten überlassen, ihre Prioritäten zu setzen.»

Alice Golay, Seite 29
